Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **19./20. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2014/2015 vom 2. März 2015

von 16.15. Uhr bis 18.00 und von 20.00 bis 22.00 Uhr

Vorsitz: B. Günthard Fitze (EVP)

Protokoll: K. Lang

Entschuldigt: beide Sitzungen: S. Gygax (GLP), A. Hofer (Grüne), F. Biegel (SP),
D. Oswald (SVP), F. Landolt (SP), R. Keller (SVP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 12./13. Sitzung	
2.*	15/001 (DFI)	Beantwortung der dringlich erklärten Interpellation D. Oswald (SVP), M. Zeuglin (GLP/PP), M. Wenger (FDP) und M. Baumberger (CVP/EDU) betreffend Auswirkungen des SNB-Entscheidung auf die Finanzen der Stadt Win- terthur	
3.*	14/111 (DFI)	Ermächtigung zum Kauf von ca. 8737 m ² Land mit den darauf stehenden Gebäuden, ab Kat.-Nr. 14240, Hegifeld- str. 1a und 1b «Schneiderareal», Oberwinterthur, zum Preis von ca. Fr. 7'426'450	Ch. Leupi
4.*	14/112 (DFI)	Ermächtigung zum Verkauf der Liegenschaft Kat.-Nr. 17038, Holzwingertstr., Oberwinterthur	Ch. Leupi
5.*	14/079 (DKD)	12-Jahres-Strategie und Legislatorschwerpunkte 2014– 2018	A. Steiner
6.*	14/099 (DKD)	Kommunale Volksinitiative «Rettet den Holidi (holidi.ch)»: Bericht und Antrag auf Ungültigerklärung oder eventualiter auf Ablehnung der Initiative	U. Meier
7.*	14/089 (DKD)	Begründung der Motion D. Berger (Grüne/AL), K. Cometta-Müller (GLP/PP), R. Keller (SP) und L. Banholzer (EVP) betreffend einheitliche Zuständigkeit bei Einbürgerungen	

- 8.* 14/041 (DKD) Beantwortung der Interpellation D. Berger, R. Diener (Grüne/AL), Ch. Baumann (SP) und L. Banholzer (EVP) betreffend Zeughausareal "Quo vadis"
9. 13/114 (DKD) Beantwortung der Interpellation Ch. Leupi (SVP) betreffend Leiter Theater Winterthur
10. 14/008 (DSU) Begründung des Postulats K. Bopp (SP), M. Wäckerlin (GLP/PP), Ch. Magnusson (FDP), N. Gugger (EVP) und D. Berger (AL) betreffend einfaches Bewilligungsverfahren für Veranstaltungen
11. 13/075 (DSU) Beantwortung der Interpellation M. Wenger (FDP) und M. Wäckerlin (PP) betreffend Verkehrstafeln - Schilderflut in Winterthur
12. 13/101 (DSU) Beantwortung der Interpellation S. Gygax-Matter (GLP/PP) betreffend Strassenmusik - Plattform für lokale Künstler
13. 13/112 (DSU) Beantwortung der Interpellation M. Wäckerlin (GLP/PP) betreffend Sicherheit der Bürgerdaten auf Polizei-iPads
14. 12/119 (DSU) Antrag und Bericht zum Postulat B. Günthard Fitze (EVP), B. Baltensberger (SP), M. Gerber (FDP), D. Berger (Grüne/AL) und K. Cometta (GLP) betreffend Zusammenlegung Feuerwehr und Zivilschutz zu einer Gesamtorganisation
15. 13/062 (DSO) Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betreffend Reorganisation der Alters- und Pflegezentren ausserhalb der Stadtverwaltung
16. 14/077 (DSO) Begründung des Postulats M. Baumberger (CVP/EDU), D. Schneider (FDP), L. Banholzer (EVP), Y. Gruber (BDP) und D. Steiner (SVP) betreffend «Babyfenster» auch in Winterthur

(* An dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B13/153 SAE-NGOW Siwalai, geb. 1984, thailändische Staatsangehörige
2. B14/083 KÖHLER Markus Matthias, geb. 1972, deutscher Staatsangehöriger
3. B14/084 LUMANI geb. MAHMUDI Ilza, geb. 1981, mit Kindern Fiona, geb. 2006, und Ammra, geb. 2010, mazedonische Staatsangehörige
4. B14/085 MIROCI geb. LLOLLUNI Pranvera, geb. 1987, mit Kindern Laura, geb. 2005, und Lendrit, geb. 2008, kosovarische Staatsangehörige
5. B14/086 MODONI Giuseppe, geb. 1949, und Ehefrau MODONI geb. COLICCHIO Teresa, geb. 1955, italienische Staatsangehörige
6. B14/087 MOHAMMADI Arif, geb. 1975, afghanischer Staatsangehöriger
7. B14/088 ALTER-MIETKE Claudia Ulrike, geb. 1963, mit Kind Vivienne Daphne Debora, geb. 2001, deutsche Staatsangehörige
8. B14/090 BAJRAMI geb. HALITI Zulhidze, geb. 1976, und Ehemann BAJRAMI Lazam, geb. 1976, mit Kindern Bleart, geb. 2002, und Labinot, geb. 2005, mazedonische Staatsangehörige
9. B14/091 GALLARDO ALBUJA Elias Huayra, geb. 1983, ecuadorianischer Staatsangehöriger

10. B14/092 GÜMÜS geb. TÜRKAY Gülçin, geb. 1974, und Ehemann GÜMÜS Sedat, geb. 1973, mit Kindern Nisa Zeynep, geb. 2006, und Eda Nur, geb. 2009, türkische Staatsangehörige
11. B14/093 HALILI JAHJA geb. HALILI Semire, geb. 1978, und Ehemann JAHJA Besim, geb. 1975, mit Kind JAHJA Ardi, geb. 2008, mazedonische Staatsangehörige
12. B14/094 LIU Na, geb. 1983, chinesische Staatsangehörige
13. B14/095 PERAKI LOHMANN geb. PERAKI Chrysoula, geb. 1968, mit Kindern LOHMANN Anna Delia, geb. 1998, und LOHMANN Joanna, geb. 2001, griechische Staatsangehörige
14. B14/096 POPOVA Olga, geb. 1980, russische Staatsangehörige
15. B14/097 PREGO CASTRO Jose Maria, geb. 1957, spanischer Staatsangehöriger, und Ehefrau SALAZAR CARPIO Herminia de los Angeles, geb. 1971, ecuadorianische Staatsangehörige, mit Kind PREGO SALAZAR Sheryl Josefina, geb. 1996, spanische Staatsangehörige
16. B14/098 SEATOVIC Dejan, geb. 1969, kroatischer Staatsangehöriger
17. B14/099 SHAQIRI Ismail, geb. 1986, mazedonischer Staatsangehöriger
18. B14/105 GJETA Mimoza, geb. 1972, albanische Staatsangehörige
19. B14/198 KREMPUS Raphael Marian Joseph, geb. 1985, deutscher Staatsangehöriger
20. B14/209 SUNA Harun, geb. 1986, mit Kind Azad, geb. 2012, türkische Staatsangehörige

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze begrüsst zur 19. und 20. Sitzung im Amtsjahr 2014/2015. Speziell begrüsst die Ratspräsidentin die Schülerinnen und Schüler des 3. KV Lehrjahres, die während der 1. Sitzung zuschauen. Auch den neuen Journalisten der NZZ, der für Winterthur zuständig ist, heisst die Ratspräsidentin herzlich willkommen. Nachruf: Der ehemalige Gemeinderatspräsident Armin Schneebeli (LDU) war Gemeinderatsmitglied von 1978 bis 1990 und Mitglied der GPK von 1978 bis 1980. Im Amtsjahr 1986/87 war er Gemeinderatspräsident. Anschliessend war es bis zu seinem Rücktritt Mitglied der Spezialkommission Gemeindeordnung. Er ist um den Jahreswechsel herum gestorben. Ratspräsidentin B. Günthard Fitze wünscht den Angehörigen alles Gute.

Fraktionserklärungen

Kulturstadt Winterthur

U. Meier (SP): Winterthur ist eine Kulturstadt und kann stolz darauf sein. Die Politik stützt sich immer wieder auf dieses Image. In den Legislaturschwerpunkten des Stadtrates, die heute Abend noch behandelt werden, wird die Erhaltung dieses Prädikats als langfristiges und wichtiges Ziel genannt. Winterthur steht aber finanziell unter Druck, das spüren auch die Kulturveranstalter, die subventioniert oder anderweitig von der Stadt finanziell unterstützt werden. Vor einem Jahr wurden fast alle Beiträge gekürzt. Gleichzeitig haben Gespräche stattgefunden, die zum Ziel hatten, die Bedürfnisse der Kulturveranstalter zu erfahren. Das Resultat wurde in die Erarbeitung des neuen Kulturleitbildes einbezogen. Dabei wurden die Ziele der kulturell engagierten Leute, die sich auch in der Freizeit für diesen Dialog eingesetzt haben, klar geäussert. Mit etwas weniger Geld können sie sich arrangieren, sofern die

übrigen Rahmenbedingungen stimmen. Wenn beides stark eingeschränkt werden sollte, sind die Voraussetzungen irgendwann nicht mehr attraktiv und das Engagement kann zum Frust werden. Die Stadt muss damit rechnen, dass die Leute abwandern oder ihr Engagement einstellen. Zu den Rahmenbedingungen gehören verschiedene Dinge – zum Beispiel, dass den Kulturveranstaltern Räume zur Verfügung stehen, dass ein guter Dialog mit der Stadt stattfindet und dass die Bewilligungsverfahren wohlwollend und zügig bearbeitet werden. Das Entgegenkommen von Seiten der Stadt wurde in den Gesprächen immer wieder in Aussicht gestellt. Jetzt ist in der Zeitung zu lesen – U. Meier bezieht sich auf den Stadtanzeiger vom 3. Februar 2015 – dass ausgerechnet für die so oft genannten Aushängeschilder der Winterthurer Kulturstadt wie die Musikfestwoche, die Kurzfilmtage und Afropfingsten drei Viertel der Werbefläche nicht mehr bewilligt werden sollen. Die verbleibenden Bewilligungen werden zudem sehr stark verteuert. Das ist ein Problem, weil diese Festivals in der Altstadt kaum mehr sichtbar sein werden. Die Banner über der Markgasse und die Stehlen um den Bahnhof sollen abgeschafft werden. Damit entsteht ein existentielles Problem für die Veranstalter. Zudem wird häufig vergessen wie viele Menschen durch diese Festivals, wenn sie genügend beworben werden, nach Winterthur kommen. Wenn sich das Gewerbe in der Altstadt über diese Werbeflächen beklagt, ist das zu kurz gedacht. Die Besucher und die Kultur im Allgemeinen erhöhen den Umsatz der städtischen Wirtschaft. Im Artikel ist zu lesen, dass der Stadtrat nichts von dieser Praxisänderung der Gewerbepolizei wisse. Wenn das stimmt, stellt sich die Frage, wie und warum die Gewerbepolizei so wichtige und politische Entscheidungen alleine treffen kann. Es ist keine polizeiliche Frage, wie weit die Stadt unter Druck stehenden Kulturveranstaltungen mit den Rahmenbedingungen entgegenkommt. Das ist eine politische Frage. Die SP fordert die zuständige Stadträtin dringend auf, ihren Einfluss geltend zu machen und im Sinne der Legislaturziele zu handeln.

Stadtpräsident M. Künzle dankt der SP-Fraktion für diese Erklärung. Heute Abend wird die Kulturstadt Winterthur ein Thema sein. Der Stadtrat hat das als Schwerpunkt bezeichnet, weil er der Überzeugung ist, dass es für die Ausstrahlungskraft der Stadt wichtig ist, dass der Begriff Kulturstadt weitergetragen wird in die Zukunft. Trotz finanziellen Engpässen muss die Stadt dafür sorgen, dass sie, vor allem unter dem Titel „gute Rahmenbedingungen“, wenigstens in dieser Hinsicht glänzen kann. Das Thema Finanzen kann nicht sofort gelöst werden. Die Rahmenbedingungen wurden im Stadtrat diskutiert. In der Zwischenzeit hat mit den Grossveranstaltern ein Runder Tisch stattgefunden. Ursprünglich wurde eine etwas andere Stossrichtung verfolgt, aufgrund der Artikel in den Zeitungen war die Werbung aber ebenfalls ein Thema. Der Stadtrat muss eingestehen, dass verwaltungsintern nicht alles optimal gelaufen ist. Gewisse Korrekturen wurden bereits angebracht. Der Stadtrat ist der Meinung, wenn die Veranstalter die Sparmassnahmen mittragen, können bei den Rahmenbedingungen nicht auch noch Abstriche gemacht werden. Dieses Vorgehen wäre schlecht und soll deshalb korrigiert werden.

Stadträtin Günthard-Maier dankt für den Hinweis. Die Meldungen haben gewisse Reaktionen ausgelöst. Es ist aber manchmal etwas schwierig, wenn man sich auf die Nachrichten in den Zeitungen verlässt. Die Meldungen sind nicht immer richtig. Es ist nicht so, dass für die Stadtfeste höhere Gebühren bezahlt werden müssen – im Gegenteil. Der Stadtrat hat diese Korrektur bereits kommuniziert. Für die Stadtfeste bleiben die Gebühren im Jahr 2015 gleich wie letztes Jahr. Die Stadträtin kann aber nicht ausschliessen, dass sich das zu einem späteren Zeitpunkt ändern kann. Es gibt Gebühren, die seit 10 Jahren nicht angepasst wurden. Das muss überprüft und allenfalls schrittweise geändert werden. Wichtig ist, dass die Stadt sorgsam vorgeht. Die Gebühren werden im Jahr 2015 nicht erhöht. Der Stadtrat hat aber eine Vollkostenrechnung beigelegt, damit die Initianten der Stadtfeste sehen, wie hoch die eigentlichen Subventionen sind. Für diese Festivals müssen gewisse Gebühren nicht bezahlen, die von anderen Veranstaltern verlangt werden. Hier hat die Kommunikation offensichtlich nicht funktioniert. Gewisse Fehler sind passiert, dafür übernimmt Stadträtin Günthard-Maier die Verantwortung und entschuldigt sich.

Ein zweiter Bereich wurde angesprochen: Der Stadtrat hat sich überlegt, dass die Werbebanner und Plakate aufgrund von Rückmeldungen der Bewohnerinnen und Bewohner der

Altstadt reduziert werden sollen. Diskutiert wurde eine Entrümpelung der Werbemittel in der Altstadt. Diese sollten eher am Eingang der Altstadt aufgestellt werden. Das Projekt wurde zwar gestartet aber anlässlich einer Sitzung als Sofortmassnahme gestoppt, weil damit zu viel auf einmal umgesetzt werden sollte. Das hat zu einer unguuten Stimmung geführt. Die Auswirkungen der unguuten Kommunikation sind bei der Stadträtin angekommen. Sie hat sich mit dem Kommando der Stadtpolizei zusammengesetzt und Sofortmassnahmen eingeleitet.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Das Traktandum 12 wurde abgesetzt, weil die Interpellation heute abwesend ist. Es werden keine Änderungsanträge gestellt.

1. Traktandum

Protokoll der 12. und 13. Sitzung

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Die Ratspräsidentin stellt den Antrag, die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen und werden verdankt.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2015/001: Beantwortung der Dringlichen Interpellation betreffend Auswirkungen des SNB-Entscheides auf die Finanzen der Stadt Winterthur

S. Büchi (SVP) dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Dringlichen Interpellation, die allerdings nicht zufriedenstellend ausgefallen ist. Aufgrund des Eurokurses werden viele Unternehmen weniger Gewinne erwirtschaften. Das kann zu drastischen Steuerausfällen führen. Der Stadtrat verzichtet in der Beantwortung auf konkrete Massnahmen wie er dem Problem begegnen könnte. Er verweist vor allem auf den tiefen Zinssatz. Das ist richtig. Es ist ein Vorteil, dass zurzeit weniger Zins bezahlt werden muss – das macht es attraktiv neue Schulden zu machen. Es ist allgemein bekannt, dass es eine Frage der Zeit ist, bis die Zinsen wieder ansteigen. Bereits ein Zinsanstieg von 0,25 oder 0,5 % würde zu Mehrausgaben in Millionenhöhe führen. Die SVP hätte sich erhofft, dass die Voraussetzungen geschafft würden, um die Schulden zu senken oder die Ausgaben im Finanzvermögen zu minimieren. Davon ist in der Antwort nicht die Rede. Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort negativ zur Kenntnis.

M. Wenger (FDP): Die FDP dankt für gute und umfangreiche Interpellationsantwort. Wie der Stadtrat geht auch die FDP nicht davon aus, dass Winterthur Konkurs gehen wird.

M. Wenger bittet die lokale Presse künftig mehr über Inhalte zu schreiben und weniger über persönliche Eindrücke. Antwort 1, Stichwort Negativzins: Es ist aussergewöhnlich, dass man für Kredite sogar noch Geld erhält. Von dieser Situation kann und soll man profitieren und die Zinsbelastung reduzieren. Der Negativzins darf aber nicht dazu verleiten, neue Kredite aufzunehmen und die Gesamtverschuldung zu erhöhen. Antwort 4, Ressourcenausgleich: Die FDP kann die Meinung des Stadtrates teilen. Der Stadtrat muss prüfen, was zu erwarten ist und er muss sich entsprechend darauf einstellen. In den Antworten 5 bis 7 geht es um Balance. Die Antworten dazu bleiben offen. Das ist nachvollziehbar, weil über Balance noch nicht informiert wurde. Die FDP ist aber Neugierig, wie die Schwerpunkte im Rahmen von Balance gesetzt werden und wie diese mit den Legislatorschwerpunkten korrespondieren. Die FDP dankt für die gute Interpellationsantwort und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis.

M. Baumberger (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates dankend zur Kenntnis. Die Fraktion nimmt erleichtert zur Kenntnis, dass die Stadt auf alle Eventualitäten vorbereitet ist. Somit sollten auf die Stadt keine Überraschungen zukommen, ab-

gesehen von allfälligen konjunkturellen Veränderungen, die nicht vorhergesehen werden können, was sehr positiv ist. M. Baumberger dankt dem Stadtrat und wünscht weiterhin gutes Schaffen an den Stadtfinanzen.

K. Bopp (SP): Die SP nimmt die Antwort dankend und zustimmend zur Kenntnis. Die Interpellation scheint stark politisch motiviert. Der Titel und die Einleitung suggerieren sachliche Interessen. Die einzelnen Fragen erinnern aber an die Budgetdebatte und scheinen nicht unbedingt in einem direkten Zusammenhang mit dem Entscheid der SNB zu stehen. Schlussendlich hat der Stadtrat aber nüchtern und treffend ausgesagt, dass die Liquiditätsbeschaffung zurzeit kein Problem ist. Die Stadt wird als sichere Kreditnehmerin beurteilt. Die Auswirkungen des Entscheids der SNB können nicht definitiv abgeschätzt werden. Das leuchtet allen ein. Es gibt aber keinen Grund zur Annahme, dass Massnahmen ergriffen werden müssen. Schlussendlich läuft erneut ein grosses Sanierungsprogramm. Die Fragen gehen in die gleiche Richtung wie dieses Programm. Der Gemeinderat muss jetzt abwarten und kann nicht parallel dazu neue Forderungen stellen. Die Finanzen sind wichtig, das anerkennt die SP – aber die Finanzen sind Mittel zum Zweck. Zwischen den Budgetdebatten muss sich der Gemeinderat auf die Sachfragen konzentrieren, die eine Kernaufgabe der Stadt sind.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Liquidität ist für die Stadt kein Problem – diese Problematik stellt sich eher für KMUs, die tatsächlich Schwierigkeiten haben einen Kredit zu erhalten. K. Bopp hat es bereits erwähnt – jetzt gilt es Balance abzuwarten. Die Grüne/AL-Fraktion will kein weiteres Sanierungsprogramm fordern solange der Inhalt von Balance nicht bekannt ist.

Stadträtin Y. Beutler dankt für die überwiegend positive Aufnahme der Interpellationsantwort. Es sind eineinhalb Monate vergangen seit die Dringliche Interpellation eingegangen ist. In einer ersten Stellungnahme hat die Stadträtin erklärt, dass der Stadtrat keinen Grund sieht in Hektik zu verfallen. Er will die Entwicklung aber genau verfolgen. Heute liegt der Eurokurs leicht über Fr. 1.07. Damit hat sich der Kurs bereits stark erholt. Der Stadtrat ist im Gespräch mit den grossen Firmen der Stadt. Die Aufhebung des Mindestkurses kann auch gegenläufige Auswirkungen haben. Klar ist, dass exportorientierte Unternehmen Grund zur Besorgnis haben. Sie können aber auch das Rohmaterial günstiger einkaufen. Die definitiven Auswirkungen – auch auf die Steuern – wird man sehen. Es gibt auch andere Einflüsse, die eine Rolle spielen. Es ist schön, dass auch der Regierungsrat in seiner Antwort auf eine Anfrage von letzter Woche zu diesen Schluss gekommen ist. Es wurde suggeriert, dass der Stadtrat versucht sein könnte, neue Schulden zu machen, weil der Zins sehr tief ist. Dazu sieht sich der Stadtrat nicht veranlasst. Er hat keine Freude am Schulden machen – im Gegenteil. Er ist in ständigem Kontakt mit dem Steueramt und informiert sich laufend über die Einnahmen damit die Liquidität nicht zu hoch ist. Die Stadt soll nicht in die Situation kommen, Negativzinsen bezahlen zu müssen. Die Liquiditätsbewirtschaftung ist sehr differenziert. Bisher konnte die Stadt von den tiefen Zinsen profitieren, indem langfristige Anleihen vereinbart wurden. Im Moment profitiert sie von den Negativzinsen. Die tieferen Zinsen werden sich bereits in der Rechnung 2014 niederschlagen und wie es aussieht auch in der Rechnung 2015, weil die Budgetierung eher zu hoch ausgefallen ist. Man kann damit rechnen, dass das die Rechnung entlasten wird.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Damit ist das Geschäft 2015/001 erledigt.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2014-111: Ermächtigung zum Kauf von ca. 8737 m2 Land mit den darauf stehenden Gebäuden, ab Kat.-Nr. 14240, Hegifeldstrasse 1a und 1b «Schneiderareal», Oberwinterthur, zum Preis von ca. CHF 7'426'450

Ch. Leupi (SVP): Es geht um den Kauf des Schneiderareals von den SBB und betrifft 8'737 m2 zum Preis von 7'426'450 Franken. Ch. Leupi zeigt die Lage des Grundstücks anhand von Plänen auf. Es liegt in der Nähe des Bahnhofs Oberwinterthur auf der Gegenseite der Frauenfelderstrasse. Ausgangslage: Die Stadt hat den SBB Land an der Frauenfelderstrasse verkauft für Unterhaltsanlagen. Im Gegenzug wurde ein Realersatz angestrebt. Die SBB haben der Stadt diverse Grundstücke angeboten. In der Folge konnte man sich auf das Schneiderareal einigen. Der Bahnhof Oberwinterthur ist der zweitwichtigste Bahnhof auf städtischem Gebiet. Man hat sich auf dieses Grundstück geeinigt, weil ihm als Eingangspforte zum zweiten urbanen Zentrum Neuhegi/Grüze eine wichtige Rolle zukommt. Zudem bestehen bereits kommunale Richtpläne wie Fuss- und Wanderwege. Die Stadt hätte diese Landfläche früher oder später sowieso erwerben müssen. Auf dem Grundstück stehen Holzbaracken, die zwischengenutzt werden. Der Ertrag beläuft sich auf ca. 128'000 Franken. Eine langfristige Vermietung ist nicht möglich aufgrund des Zustandes der Gebäude und der Nutzungsmöglichkeiten. Entsprechend ist nicht mit einer höheren Rendite zu rechnen. Auf dem Grundstück befindet sich eine Personenunterführung und es ist mit Einschränkungen belastet, die sich aus dem Bestand, Betrieb und Unterhalt der Bahnanlagen ergeben. Im Verlauf der Verhandlungen musste das Grundstück aufgrund einer Ausdehnung der Interessenslinien der SBB verschmälert werden. Aufgrund der Grundstücksform stellt eine Überbauung eine Herausforderung dar. Der Kaufvertrag wurde vom Stadtrat am 1. Oktober 2014 genehmigt – unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Grossen Gemeinderates. Wenn das Referendum ergriffen werden sollte, wäre zudem die Zustimmung des Stimmvolkes notwendig. Die Beurkundung erfolgte am 28. Oktober 2014. Gemäss Kaufvertrag ist der Stadtrat verpflichtet, die vorliegende Weisung dem Grossen Gemeinderat bis Ende November 2015 zu unterbreiten.

Eckwerte des Kaufvertrags: Der Kaufpreis pro m2 beläuft sich auf 850 Franken, die Landfläche beträgt 8'737 m2. Der geschätzte Gesamtverkaufspreis beträgt 7'426'450 Franken. Das genaue Flächenmass muss im Rahmen der Eigentumsübertragung ermittelt werden. Das Grundstück liegt in der Zone W4G. Die Eigentumsübertragung erfolgt nach Erfüllung folgender kumulativer Bedingungen: a), Genehmigung durch die zuständigen Organe der Verkäuferin. b), Rechtskräftige Zustimmung des Grossen Gemeinderates bzw. im Falle eines Referendums des Stimmvolkes. c), Vorliegen der rechtskräftigen Mutationsunterlagen. Angenommen eine der kumulativen Bedingungen würde nicht erfüllt, würde der Kaufvertrag entschädigungslos dahinfallen. Weitere Vertragsbestimmungen: 1. Immissionsrecht, das heisst die Duldung aller gemäss Umweltschutzgesetzgebung zulässigen Einwirkungen irgendwelcher Art aus dem Bestand, Betrieb und Unterhalt von Bahnanlagen wie Lärm, Erschütterungen, Körperschall, elektromagnetische Auswirkungen, Rauch, Abgase etc. 2. Grenzbaurecht für Fahrleitungsmasten mit Nebenleistungspflicht und Zutrittsrecht. 3. Fuss- und Fahrwegrecht mit Nebenleistungspflicht. 4. Baurecht für Stützmauer Unterführungsbauwerk Seenerstrasse mit Nebenleistungspflicht und Zutrittsrecht. Der Standort ist belastet. Es sind Einträge im Kataster vorhanden. Auf dem Areal befand sich früher ein Ölumschlag. Der Standort ist aber weder sanierungs- noch überwachungsbedürftig. Das Lagerhaus mit Werkstatt ist nicht belastet. Gemäss Zusicherung der Verkäuferin sind keine weiteren Belastungen bekannt. Sollten Altlasten auftauchen, verpflichtet sich die Verkäuferin zur Übernahme der Kosten. Abfallrechtliche Belastungen: Die Verkäuferin wird sich mit 50 % an den dadurch entstehenden baulichen Mehrkosten und Planungskosten beteiligen. Die SVP-Fraktion lehnt diesen Kauf ab. Sie erachtet das Grundstück nicht als strategisch wichtig. Die finanzielle Lage der Stadt ist zudem heikel. Deshalb sollte keine so grosse Investition getätigt werden. Die SVP lehnt den Kauf ab und stellt einen Ablehnungsantrag.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Es handelt sich nicht um ein Renditeobjekt, um ein Grundstück auf dem eine Baracke steht, die einen jährlichen Ertrag von 128'000 Franken abwirft. Die Stadt kauft eine Option, das heisst die Möglichkeit auf diesem Grundstück später etwas zu realisieren. Wer diesen Kauf aufgrund einer ungenügenden Rendite ablehnt, argumentiert falsch. Es geht nicht darum was jetzt ist, sondern um die Zukunft. Was könnte auf diesem Grundstück erstellt werden? Leider wollte sich der Stadtrat nicht ganz in die Karten sehen lassen. Vermutlich aus taktischen Gründen. Offensichtlich will er sich nicht auf Optionen festlegen lassen, die vielleicht in 10 Jahren nicht mehr umsetzbar sind. Das Grundstück ist 8'737 m² gross, liegt in der Zone W4G, das heisst grundsätzlich sind 3,4 Kubikmeter Gebäude pro m² möglich. Zudem ist aufgrund des Arealbonus ein Zuschlag von 15 bis 20 % möglich. Insgesamt ergibt sich damit eine Gebäudekubikzahl von 34'000 bis 35'000 Kubikmeter. Die Rendite hängt klar von den geplanten Bauten ab. Soll ein reines Renditeobjekt erstellt werden oder handelt es sich allenfalls um eine öffentliche Nutzung? Die Grüne/AL-Fraktion setzt sich für eine aktive Landpolitik ein. Die Stadt hat in letzter Zeit viel Land verkauft, nicht nur Einfamilienhäuser. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Stadt ein Grundstück kauft. Sie hat die Möglichkeit ein Grundstück an einer strategisch wichtigen Lage mit guter Anbindung an den ÖV zu kaufen. Zudem ist der Verkaufspreis attraktiv. Wenn der Kauf abgelehnt wird, muss man sich nicht wundern, wenn später viel mehr bezahlt werden muss. Das Geschäft ist so wichtig, dass die Grüne/AL-Fraktion diese Vorlage mit dem nachfolgenden Geschäft verknüpfen will, das heisst, wenn dieser Kauf abgelehnt wird, wird die Fraktion den Verkauf der Liegenschaft Holzwingertstrasse ablehnen, unabhängig davon ob das Grundstück im Bau-recht abgegeben wird oder nicht. Es handelt sich beim diesem Landkauf nicht um ein Renditeobjekt, sondern um eine Option für die Zukunft.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion wird einen Rückweisungsantrag stellen. Grundsätzlich ist die GLP/PP-Fraktion der Meinung, dass es richtig ist, bei Landverkäufen an einen Grossgrundbesitzer in Winterthur im Gegenrecht Land zu kaufen. Das macht Sinn, weil die Stadt in letzter Zeit vor allem Land verkauft hat. Die Fraktion stellt aufgrund des Preises einen Rückweisungsantrag. Dieser Preis ist sehr hoch. A. Steiner zeigt die Lage des Grundstücks anhand einer Folie. Es handelt sich um ein sehr schmales Stück Land, das von einer Unterführung durchschnitten wird. Das schränkt die Bebaubarkeit auf der linken Seite des Grundstücks stark ein. Zudem fliesst die Eulach unter diesen Teil hindurch. Im Moment ist offen, ob aufgrund des Gewässerschutzgesetzes überhaupt gebaut werden darf. Gemäss Gesetz ist das nicht möglich. Die Stadt hat Abklärungen getroffen. Das AWEL hat sich offen gezeigt und signalisiert, dass man entgegenkommen könnte, weil sich das Grundstück in einem sehr dicht besiedelten Gebiet befindet. Auch ohne diese Einschränkungen kann auf der linken Seite praktisch nicht gebaut werden, sprich es handelt sich um wertloses Land. Auf der rechten Seite kann gebaut werden, auch wenn das Grundstück sehr schmal ist. Wenn man dort eine Rendite erreichen will, müssen Wohnungen gebaut werden. Mit Gewerberäumen können die notwendigen Einnahmen nicht generiert werden. Deshalb ist die GLP/PP-Fraktion der Meinung, dass 850 Franken pro m² zu viel sind. Wenn man davon ausgeht, dass der linke Teil des Grundstücks nicht bebaut werden kann, beläuft sich der Preis für den bebaubaren Teil auf über 1'000 Franken pro m². Für eine Wohnlage, die direkt an der Bahnlinie liegt, ist dieser Preis sehr hoch. Der Stadtrat befürchtet, dass bei einer Rückweisung die SBB nicht mehr verkaufen wollen. Das bezweifelt A. Steiner. Die SBB fordern bei Verhandlungen jeweils relativ viel. Die Stadt kann durchaus Neuverhandlungen riskieren. Sie kann zudem riskieren, dass das Land nicht gekauft werden kann. Die GLP/PP-Fraktion ist nicht der Meinung, dass das Land strategisch so wichtig ist. Insbesondere besteht eine Gestaltungsplanpflicht, damit kann die Stadt Einfluss darauf nehmen, was gebaut wird. Der Kauf ist deshalb nicht so wichtig. In der Stadt gibt es noch andere Grundstücke der SBB an denen die Stadt ein Interesse hat – zum Beispiel Land, das verkehrstechnisch interessant wäre. Der Stadtpräsident hat versprochen, Abklärungen in der Grüze zu treffen. Dort war ursprünglich eine Velobahn geplant, dazu fehlt aber der Platz aufgrund eines Abstellgleises der SBB. Ein Geschäft mit den SBB wäre dort strategisch wichtiger.

U. Hofer (FDP) kann sich im Wesentlichen den Vorrednern anschliessen – seine Prioritäten setzt er aber anders. Es stehen zwei Aussagen des Stadtrates zur Diskussion. Er hat erklärt, dass der Preis von 850 Franken pro m² gut ist. Zudem soll sich das Grundstück an einer wichtigen strategischen Lage befinden und es keine andere Möglichkeit als einen Kauf geben, um mitzubestimmen, obwohl das Areal einer Gestaltungsplanpflicht unterliegt. Die FDP ist vorsichtig geworden aufgrund von ähnlichen Versprechen – Beispiele sind Fokus oder das Schloss Wülflingen. Es ist schwer zu glauben, dass der Preis wirklich gut ist für dieses schmale Grundstück mit den vielen Nachteilen, die bereits erwähnt wurden. Zusammengefasst erachtet es die FDP-Fraktion als falsch, auch aufgrund der finanziellen Ressourcen und des Entscheids der SNB, der ebenfalls Einfluss auf die Immobilienpreise haben wird, jetzt Millionen zu investieren. Zudem teilt die FDP die Meinung des Stadtrates nicht, was die Einordnung des Grundstücks bezüglich der strategischen Wichtigkeit, der Lage, der Grösse und der Möglichkeiten, die diese Lage bieten soll, anbelangt. Aus diesen Gründen unterstützt die FDP-Fraktion den Rückweisungsantrag. Falls dieser scheitern sollte, würde die Fraktion das Geschäft ablehnen.

Ch. Ingold (EVP/BDP): Der geplante Landkauf ist aus Sicht der EVP ein guter und richtiger Entscheid, den die Fraktion unterstützt. Den Rückweisungsantrag wird die Fraktion ablehnen. Den Detailanmerkungen der Vorrednerinnen und Vorrednern möchte Ch. Ingold nichts hinzufügen. Hingegen wird sich die EVP für die momentane Nutzung des Areals einsetzen. Es wurde nur von Rendite gesprochen. Im Moment ist auf dem Areal die offene Jugendarbeit Gleis 1b lokalisiert. Dass diese so lange als möglich aufrechterhalten werden kann, ist der EVP ein Anliegen. Die Lokalität ist jetzt ideal, weil damit die Niederschwelligkeit der offenen Jugendarbeit konkret umgesetzt werden kann. Das ist ein wichtiger und erfolgreicher Teil des Konzepts. Die Jugendlichen brauchen solche Orte dringend. Sie bilden ein Gegengewicht zu Zentren wie den Archhöfen, dem Kesselhaus und dem Lokwerk gegen die in den letzten Jahren zum Teil heftig protestiert wurde. Gleis 1b ist ein Freiraum, der unbedingt zu unterstützen ist. Das ist auch durch die Stadt zu kommunizieren. Zusammengefasst: Die EVP/BDP-Fraktion ist gleicher Meinung wie der Stadtrat. Die strategische Wichtigkeit ist gegeben. Der Landpreis wurde gut verhandelt. Jetzt hat die Stadt aber die Gelegenheit das Land zu kaufen. Die Verantwortlichen müssen weiter denken – nicht nur an den Entscheid der SNB und an allfällige Auflagen der SBB. Die Stadt hat gut verhandelt. Jetzt ist der Moment, zuzugreifen.

R. Kappeler (SP): Auch die SP-Fraktion unterstützt den Entscheid des Stadtrates grundsätzlich und lehnt den Rückweisungsantrag ab. Es geht darum, der Stadt eine differenzierte Immobilienpolitik zu ermöglichen. Dazu gehören nicht nur Verkäufe oder Abgaben im Baurecht, sondern auch Käufe. Die Stadt hat in letzter Zeit fast nur Land verkauft. Es ist wichtig, dass die Stadt selber Landeigentümerin ist, um Entwicklungen steuern zu können. Die Vorlage hat eine Vorgeschichte. Im Februar 2009 hat F. Künzler (SP) den Stadtrat im Zusammenhang mit einem notwendigen Landverkauf an die SBB angefragt, ob ein Landabtausch möglich ist. Der Stadtrat schlägt deshalb diesen Kauf vor. Dass bei diesem Areal ausschliesslich von Rendite besprochen wird, leuchtet nicht ein. Die jetzige Nutzung ist der SP ebenfalls ein Anliegen und soll weiterhin möglich sein. Das Stück Land ist zudem eine wichtige Option. Natürlich ist auf diesem Areal ein Gestaltungsplan Pflicht. Mit einem Gestaltungsplan kann die Stadt nur reagieren. Die Stadt will aber die Möglichkeit haben, wichtige Entwicklungen anzustossen. Sie will steuern und begleiten können. Das ist einfacher, wenn die Stadt Eigentümerin ist. Wer die Stadt ernst nimmt auf diesem Markt, darf ihr nicht die Hände binden und die notwendigen Werkzeuge verbieten, weil es um strategisch wichtige Entwicklungen geht. Über den Preis wurde in der Aufsichtskommission nicht so detailliert diskutiert, wie heute im Ratssaal. Das ist überraschend. R. Kappeler möchte die Preisvorstellungen der Grünliberalen erfahren. Nur Rückweisen und den Stadtrat beauftragen, neu zu verhandeln und ihn gleichzeitig über einen akzeptablen Preis im Dunkeln tappen zu lassen, ist nicht ganz legitim. Fragen, die in der AK gestellt wurden, konnten beantwortet werden. Es ist richtig, dass der südliche Teil des Areals nicht ideal ist, um darauf zu bauen. Das Areal ist für die Stadt sehr wichtig. Die SP appelliert an die Ratsmitglieder, den Stadtrat zu unterstützen.

Z. Dähler (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion kann der Argumentation des Stadtrates nicht folgen. Auf dem Areal liegt eine Gestaltungsplanpflicht und somit kann die Stadt Einfluss nehmen auch wenn sie das Areal nicht kauft. Die Idee ist, dass das Areal wieder verkauft werden könnte, das schreibt der Stadtrat in der Weisung. Dabei ist das Stichwort Baurecht zu erwähnen. Über das Thema wird der Gemeinderat demnächst befinden. Allenfalls kann das Land nicht mehr verkauft werden. Für die Kollegen der CVP wäre das ein Grund, den Antrag abzulehnen. Das Areal ist aber strategisch wichtig. Deshalb hat sich die CVP/EDU-Fraktion durchgerungen den Antrag des Stadtrates zu unterstützen. Auch damit die Kirche in Oberwinterthur möglichst lange ihre Jugendarbeit weiterführen kann.

M. Zeugin (GLP/PP): Man muss hier eine zusätzliche Dimension einbringen. Wenn die Stadt das Areal kauft und das ist keine Option, das Land soll effektiv gekauft werden. Die Option besteht lediglich darin, dass eine Arealentwicklungsinvestorin oder eine Firma tätig wird und das Areal in Eigenregie entwickelt. Vergleiche zeigen, wie schwierig es für die Stadt ist, Areale zu entwickeln. Zudem muss der nötige Volkswille vorhanden sein – das zeigt das Zeughausareal. Es wäre sinnvoller, zuerst die Areale ans Ziel zu bringen, die bereits angeschoben wurden. Es wurde eingewendet, dass ein wichtiger Punkt die jetzige Nutzung ist. M. Zeugin ist einverstanden mit der Aussage, dass wertvolle Arbeit geleistet wird. Aber wenn das ein Hauptargument ist, dann ist klar, dass keine Entwicklung stattfinden soll, damit die Jugendarbeit beibehalten werden kann. Dann sind 850 Franken pro m² für das Grundstück zu viel. Es herrscht zudem eine gewisse Verwirrung bezüglich Industrie- oder Gewerbezone. Es handelt sich aber weder um Industrie- noch um Gewerbeband, sondern um eine Wohnzone mit Gewerbeerleichterung. Das sind die Fakten. Deshalb muss der Kauf kritisch beurteilt werden. Vor nicht allzu langer Zeit hatte der Stadtrat die Möglichkeit, Land zu erwerben, das strategisch wichtig ist. M. Zeugin spricht die Immobilien der Firma Sulzer an. Die Stadt hätte sich wertvolle Areale sichern können mit einer ganz anderen Qualität. Es gibt einige grosser Herausforderungen, die mit diesem Kauf verbunden sind. Die Grünliberalen sind der Meinung, dass es genügend Probleme gibt, die zuerst gelöst werden müssen. Die Stadt soll sich kein neues Problem anlachen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Preis ist verifiziert. Die Firma Wüst und Partner, immerhin die renommierteste Firma, die den Preis von Immobilien schätzt, hat erklärt, das Land sei zwischen 1'200 und 1'300 Franken pro m² wert. Man kann die Ausnützung trotz der Einschränkungen erreichen, weil auf einem Grundstück nicht jeder m² verbaut wird. Ch. Griesser erinnert die Ratsmitglieder daran, dass das Areal Zeughauswiese in die Zone W3 umgezont werden sollte. Dabei wurde von einem Preis von 1'700 Franken pro m² gesprochen. Jetzt ist die Rede von 850 Franken pro m² und das Land liegt in der Zone W4G. Die SBB haben bereits erfolgreich in der Nähe von Bahnlinien gebaut. In der Stadt Zürich im Gebiet Langstrasse/Neufrankengasse an den Bahngleisen haben die SBB Wohnungen im Stockwerkeigentum gebaut und zu Höchstpreisen verkauft. Das Land ist durchaus etwas wert. Für die Stadt werden keine Kosten entstehen, weil die Erträge für die Verzinsung ausreichen. Damit lohnt es sich das Land zu kaufen. Bei einem Weiterverkauf könnte die Stadt sicher mehr lösen.

Stadträtin Y. Beutler: Das Schneiderareal ist ein gemeinsames Geschäft zwischen der Stadtentwicklung und dem Departement Finanzen. Deshalb wird der Stadtpräsident allenfalls Ergänzungen anbringen. Der Stadtrat hat sich zum Ziel gesetzt, eine differenzierte Landpolitik zu betreiben. Das heisst das Land wird im Baurecht abgeben, dort wo es möglich und sinnvoll ist, es wird verkauft wo es nötig ist und es wird getauscht oder ein Ersatz gekauft, wenn sich eine Gelegenheit bietet. Letztlich ermöglicht nur eigenes Land der Stadt aktiv zu steuern was auf einem Grundstück passiert, ansonsten ist die Stadt auf Private angewiesen. Der Stadtrat kann auf die Investoren einwirken aber letztlich entscheiden die Eigentümer was sie mit dem Land machen. Es ist zudem vorteilhaft, wenn die Stadt längerfristige Landreserven besitzt. Das zeigt sich an der Frauenfelderstrasse. Dort können Firmen angesiedelt werden, die eine hohe Wertschöpfung und viele Arbeitsplätze generieren. Das entspricht der gewünschten Nutzung. Ch. Griesser hat erklärt, dass der Stadtrat taktisch vorgehe und nicht

genau sagen will, was er plant. Der Stadtrat hat aber offen und ehrlich kommuniziert, was mit dem Land passieren soll. Es handelt sich um eine längerfristige Reserve. Es kann sein, dass die Stadt später die Entwicklung selber an die Hand nehmen wird. Möglicherweise wird das Land aber auch wieder verkauft oder teilweise verkauft und ein Gewinn für die kommenden Generationen erwirtschaftet. Offensichtlich ist der Preis ein Argument, um die Vorlage zurückzuweisen. Zum Preis liegen zwei unterschiedliche Schätzungen vor – eine von der Verkäuferin und eine von der Stadt. Man hat sich auf den Mittelwert geeinigt. Das ist ein übliches Verfahren, Fachleute haben den Wert des Landes geschätzt. Die SBB wollten eigentlich viel mehr Geld von der Stadt. Die Stadt hat gut verhandelt. Das Areal liegt in der Zone W4G und ist bestens erschlossen. Auch an anderen Orten werden Areale in der Nähe der Bahnlinie genutzt. Das ist eine Gelegenheit für die Stadt, um Werte zu schaffen für künftige Generationen. Diese Gelegenheit muss die Stadt ergreifen. Der Stadtrat wurde aufgefordert, mit den SBB Nachverhandlungen zu führen. Darauf kann man verzichten, weil lediglich eine erneute Schätzung in Auftrag gegeben werden kann. Das macht keinen Sinn. Die SBB haben den ursprünglichen geforderten Preis reduziert – sogar unter den Mittelwert. Stadträtin Y. Beutler kann sich nicht vorstellen, dass erneute Verhandlungen zu einem besseren Resultat führen würden – im Gegenteil, es könne sein, dass die SBB das Land anderweitig veräussert. Stadträtin Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder, den Rückweisungsantrag abzulehnen und dem Landkauf zuzustimmen. Die Stadt wird kein besseres Resultat erreichen können. Sie wird in einigen Wochen oder Monaten wieder am gleichen Punkt stehen.

Stadtpäsident M. Künzle: Wenn heute erklärt wird, dass Areale, die in der Nähe von Bahnhöfen liegen, das heisst in der Nähe von Mobilitätszentren, keine strategische Bedeutung haben, muss man dem Stadtpäsidenten erklären, was in dieser Stadt strategische Bedeutung hat. Der Stadtrat ist überzeugt, dass es sich um einen strategischen Kauf handelt. Das bedeutet, dass der Stadtrat noch kein Projekt geplant hat. Es handelt sich um einen strategischen Kauf und der Stadtrat wird prüfen, wie es mit dem Schneiderareal weitergehen soll. Die Prüfung erfolgt zusammen mit der Entwicklung der Bahnhöfe, die für die Stadt zentral ist. Wenn die SBB das Land anderweitig verkaufen würde, könnten sie einen höheren Preis lösen. Davon ist der Stadtrat überzeugt. Zudem wurde der Wert von Fachleuten geschätzt. Land in der Stadt Winterthur ist ein knappes Gut. Immer wieder wird geklagt, dass nicht genügend Land zur Verfügung steht, wenn Unternehmungen Projekte realisieren wollen. Hier hätte die Stadt die Möglichkeit an einem Hotspot Land zu kaufen zu einem vernünftigen Preis. Der Bahnhof Oberwinterthur hat eine grosse Bedeutung und wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiterentwickelt. Der Stadtrat muss noch eine Gesamtschau machen und entscheiden, wie er mit solchen Arealen weiter verfahren soll. Es handelt sich um einen strategischen Kauf. Stadtpäsident M. Künzle bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Rückweisungsantrag abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 26 zu 24 Stimmen ab.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Ablehnungsantrag abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 26 zu 24 Stimmen ab. Damit hat das Parlament dem Landkauf zugestimmt. Das Geschäft 2014/111 ist erledigt.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2014-112: Ermächtigung zum Verkauf der Liegenschaft Kat.-Nr. 17038, Holzwingertstrasse, Oberwinterthur-Winterthur

Ch. Leupi (SVP): Der Stadtrat stellt folgende Anträge: 1. Der Stadtrat wird ermächtigt, 8'088 m² Acker, Wiese und Weide, Kat.-Nr. 17038, Holzwingertstrasse, Oberwinterthur-Winterthur,

Zone I2, zum Preis von Fr. 3'154'320 der Royal Döner AG, mit Sitz in Winterthur, St. Galler-Strasse 188, 8404 Winterthur, zu veräussern. 2. Der Stadtrat wird ermächtigt, das vereinbarte Rückkaufsrecht an der Liegenschaft Kat.-Nr. 17038, Holzwingertstrasse, Oberwinterthur-Winterthur, zum Preise von Fr. 3'154'320 auszuüben, falls die Royal Döner AG innert der Geltungsdauer der Baubewilligung mit der Bauausführung nicht beginnt. Das Grundstück liegt in der Zone I2. Käuferin ist die Royal Döner AG. Sie betreibt Schweiz weit die grösste Dönerproduktion und beschäftigt mehr als 100 Mitarbeiter. Am jetzigen Standort ist die Firma eingemietet. Neue Hygienevorschriften lösen umfangreiche Investitionen aus. Der aktuelle Vermieter will einen langfristigen Mietvertrag abschliessen, darauf will die Döner AG nicht eingehen. Das zu verkaufende Grundstück liegt in der Zone I2. Es handelt sich um Äcker, Wiesen und Weiden. Das Land umfasst 8'088 m² und grenzt an die Landwirtschaftszone. Der Preis pro m² beträgt 390 Franken. Das Land entspricht in Bezug auf den Preis, die Grösser und die Länge den Vorstellungen der Käuferin. Der Stadtrat hat dem Kaufvertrag am 1. Oktober 2014 zugestimmt – unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch den Grossen Gemeinderat. Die öffentliche Beurkundung ist am 22. Oktober 2014 erfolgt. Eckwerte des Kaufvertrags: Der Verkaufspreis beläuft sich auf 3'154'320 Franken, der Preis pro m² beträgt 390 Franken. Der Buchgewinn beträgt 3'138'144 Franken. Der Besitzesantritt hat innert 30 Tagen nach Erfüllung folgender kumulativer Bedingungen zu erfolgen: a) Rechtskräftige Zustimmung des Grossen Gemeinderates der Stadt Winterthur bzw. im Falle eines Referendums der Zustimmung des Stimmvolks. b) Rechtskräftige Baubewilligung für das von der erwerbenden Partei auf dem Vertragsobjekt geplante Bauvorhaben (Stand Rechtskraftbescheinigung). Die Gebühren und Auslagen des Notariats und Grundbuchamtes werden von den Vertragsparteien je zur Hälfte bezahlt. Es gilt für die Dauer von 5 Jahren ein Rückkaufsrecht zum gleichen Preis wie der Verkaufspreis, wenn innerhalb der Geltungsdauer der Baubewilligung mit der Bauausführung nicht begonnen wird. Das ist im Grundbuch vorgemerkt. Über das Thema Baurecht wurde in der Kommission diskutiert. Der Stadtrat hat diese Option geprüft. Für die Käuferin kommt das nicht in Frage. Der Stadtrat will den Standort Winterthur nicht gefährden. Er will die Steuerzahlerin in der Stadt halten und damit auch die Arbeitsplätze. Deshalb hat er auf eine Abgabe im Baurecht verzichtet. Dem Erhalt der Arbeitsplätze wurde eine höhere Bedeutung zugesprochen als einer Abgabe im Baurecht. Der Stadtrat ist der Ansicht, dass das Land keine strategische Bedeutung hat. Im Hinblick auf den Heimfall macht ein Fleischproduktionsbetrieb keinen Sinn.

D. Berger (Grüne/AL) stellt im Namen der AL einen Rückweisungsantrag. Es geht dabei nicht um die Dönerproduktion, sondern um die Thematik Landverkauf. D. Berger stellt den Rückweisungsantrag in der Absicht, dass das Land im Baurecht abgegeben oder zumindest ein Rückkaufsrecht festgelegt wird, das nicht mit der Baubewilligung verbunden ist, sondern längerfristig Gültigkeit hat. Das Areal ist prädestiniert für eine Abgabe im Baurecht. Das wird auch im Antrag zur Motion 2013/102, Baurecht statt Landverkäufe von städtischem Land als Beispiel aufgeführt und als geeignetes Land für die Abgabe im Baurecht bezeichnet. Trotzdem will die Stadt weiterhin Land verkaufen. Immer wieder wird eine Ausnahme gemacht, weil das Baurecht nicht geeignet ist oder die Verkäuferin nicht will. Die Grüne/AL-Fraktion will dem Stadtrat nichts unterstellen und ist bei den Verhandlungen nie dabei. Es entsteht aber der Eindruck, dass nicht mit Nachdruck versucht wird, in den Verhandlungen die Abgabe im Baurecht durchzusetzen. Auch wenn das konkrete Areal nicht in einer strategisch wichtigen Zone liegt, ist nicht bekannt, was in 80 Jahren sein wird. Die Stadt gibt mit dem Verkauf zukünftige Gestaltungsmöglichkeiten aus der Hand. Mit dem Baurecht könnten regelmässige Einnahmen generiert werden anstelle eines Einmaleffekts. Dieser Einmaleffekt ist aufgrund der Finanzlage sehr verlockend – längerfristig bringt es der Stadt Winterthur nicht viel. D. Berger stellt einen Rückweisungsantrag und keinen Ablehnungsantrag, weil er eine Ablehnung als destruktiv erachtet. Der Stadtrat schreibt, dass er eine Abgabe im Baurecht geprüft habe. Die AL ist aber nicht überzeugt, dass er die notwendige Energie aufgewendet hat, um die Abgabe im Baurecht anzustreben und kann nicht wissen, ob der Stadtrat einem Verkauf vorschnell zugestimmt hat, weil die Käuferin ein Baurecht abgelehnt hat. Vielleicht hat der Stadtrat diese Möglichkeit nicht mit genügend Nachdruck verfolgt. Deshalb stellt D. Berger einen Rückweisungsantrag. Das Land soll möglichst im Baurecht abgegeben

werden, wenn nicht, muss ein klares Rückkaufsrecht vereinbart werden, damit die Stadt die Möglichkeit hat, das Land zurückzukaufen. Es geht um das Land und nicht um Kebab. D. Berger isst sehr gerne Kebab und befürwortet den Verbleib der Royal Döner AG in der Stadt Winterthur.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Grünen sind grundsätzlich bereit die Kröte zu schlucken, dass erneut keine Abgabe im Baurecht erfolgt. Sie stimmt dem Verkauf zu. Die Grünen lehnen den Rückweisungsantrag ab, obwohl der Antrag sympathisch ist.

A. Steiner (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion wird dem Landverkauf zustimmen. Es ist tatsächlich so – zwei, drei Punkte sind nicht ideal. Die Fraktion gewichtet den Punkt, dass 100 Arbeitsplätze in Winterthur erhalten bleiben, höher. Die GLP/PP-Fraktion dankt dem Stadtrat, dass er gemeinsam mit der Royal Döner AG intensiv eine Lösung gesucht hat, damit die Firma in Winterthur bleiben kann. Es ist ganz wichtig, dass die ansässigen Firmen in der Stadt gehalten werden können. Zwei Kritikpunkte sind aber anzubringen: Der eine Punkt ist der Preis. Für einen Industrie- und Gewerbebetrieb ist die Lage sehr gut und 390 Franken sind kein hoher Preis. Der andere Punkt ist, dass keine Abgabe im Baurecht erfolgt. Die Stadt hat bereits mehrmals Land verkauft. Aber auch hier ist die GLP/PP-Fraktion bereit zugunsten der 100 Arbeitsplätze, die in der Stadt gehalten werden können, diese Kröte zu schlucken.

Ch. Leupi (SVP): Die SVP stimmt dem Verkauf zu. Es ist wichtig, dass die vorhandenen Arbeitsplätze in Winterthur erhalten bleiben. In der Fraktion wurde zunächst über einen Rückweisungsantrag diskutiert, weil der Landpreis etwas zu tief erscheint. Aber die Steuerzahlerin und Arbeitgeberin soll weiterhin in der Stadt bleiben. Aus diesem Grund wird die SVP-Fraktion den Rückweisungsantrag ablehnen und dem Verkauf zustimmen.

U. Hofer (FDP): Nachdem die FDP-Fraktion grundsätzlich der Ansicht ist, dass eine Abgabe im Baurecht mehr Probleme schafft als löst, erübrigt sich eigentlich eine Stellungnahme. Vielleicht müsste man die Reaktionen von potentiellen Käufern dahingehend interpretieren, dass die Abgabe im Baurecht generell kein geeignetes Geschäft ist, damit im Rat nicht immer wieder die gleichen Diskussionen geführt werden müssen. In diesem speziellen Fall wäre ein Rückweisung oder Ablehnung des Geschäfts speziell unangebracht. Es geht um eine Unternehmung, die 100 Arbeitsplätze bietet. Die Firma hat sich entschieden, den bestehenden Standort nicht beizubehalten und ist auf der Suche nach Land. Es gibt auch andere Möglichkeiten – vielleicht in steuerlich attraktiveren Gemeinden. Die Zahlen zeigen, dass Winterthur nicht besonders gut aufgestellt ist, was die Anziehungskraft auf Unternehmen anbelangt. Das heisst nicht, dass der Stadtrat nicht gut verhandeln soll in Bezug auf den Preis und die Auflagen. Der Wirtschaft dürfen aber nicht unnötig Steine in den Weg gelegt werden. Die FDP-Fraktion stimmt dem Verkauf mit Überzeugung zu und dankt dem Stadtrat.

R. Kappeler (SP): Es ist nicht so, dass die Abgabe im Baurecht generell ungeeignet ist. Die nächste Vorlage, die der Stadtrat bringen wird, ist wahrscheinlich das KMU-Haus auf dem Taggenbergareal. Die SP ist dezidiert der Meinung, der Stadtrat soll Fallweise verhandeln. Die Fraktion spricht dem Stadtrat das Vertrauen aus, dass der das auf der Preisebene macht und wird sich davor hüten, ihm ins operative Geschäft hineinzureden. Aber in dieser Vorlage ist ein Haken enthalten. Die SP hat dazu eine Motion überwiesen und gibt klar zum Ausdruck, dass die Abgabe im Baurecht bevorzugt werden soll. Deshalb muss die SP mit dieser Vorlage ebenfalls eine Kröte schlucken. Die 100 Arbeitsplätze sind aber für Winterthur bedeutsam. Die SP ist der Meinung, dass die vorhandenen Arbeitsplätze in der Stadt gehalten werden sollen. Dem will die SP keine Steine in den Weg legen. Zudem ist die Situation so einzuschätzen, dass die Royal Döner AG auf einem Kauf beharrt, ansonsten könnte sie in eine logistisch günstigere Region abwandern. Dadurch würde nicht nur die Stadt Winterthur, sondern auch der Kanton Zürich Steuergelder verlieren. Deshalb stimmt die SP dem Antrag des Stadtrates zu und lehnt den Rückweisungsantrag ab.

B. Meier (GLP/PP): Ein Aspekt ist bisher sehr wenig zum Ausdruck gekommen. Die Firma, die in Winterthur ansässig ist und 100 Arbeitsplätze bietet, hat eine örtliche Veränderung gesucht. Es ist ihr nicht gelungen, ausser in Zusammenarbeit mit der Stadt, eine Lösung zu finden. Glücklicherweise konnte die Stadt Hand bieten und eine Lösung finden. Damit wird es möglich, dass diese Firma weiterhin in Winterthur bleiben kann. Man muss unbedingt zur Kenntnis nehmen, dass die Stadt viel zu geringe Reserven an eigenem Industrieland hat, um Firmen, die sich in Winterthur räumlich verändern wollen oder Firmen, die nach Winterthur ziehen wollen, eine Perspektive zu bieten. Winterthur hat ein massives Problem. Zwar ist Industrie- und Gewerbeland vorhanden, das wird aber nicht angeboten. In Winterthur braucht es dringend Überlegungen und Massnahmen, damit der Industrielandmarkt verflüssigt werden kann, dabei ist zu prüfen, wie die Stadt Unterstützung bieten kann.

D. Berger (Grüne/AL): Es wird einfach davon ausgegangen, dass die 100 Arbeitsplätze weg wären, wenn die Stadt das Land nicht verkaufen würde. Das ist reine Spekulation – ausser jemand verfügt über Insiderinformationen. Auch in Bezug auf den Preis wird spekuliert. In dieser Sache ist sehr vieles spekulativ und wird zurechtgebogen. Es ist gefährlich, wenn die SP argumentiert, dass die Arbeitsplätze weg wären, falls das Land nicht verkauft werden sollte. Das ist nicht so – dazu gibt es genügend Beispiele. Das Land kann für 99 Jahre im Baurecht abgegeben werden. In dieser Zeit kann sich vieles ändern. Ein Baurecht ist deshalb nicht zum Vornherein auszuschliessen und macht nicht einfach Arbeitsplätze kaputt. Es sind viele Widersprüche vorhanden. Die einen finden, wenn die Stadt kein Land besitzt, kann sie auch nicht Einfluss nehmen, wenn aber Land gekauft werden soll, ist das auch nicht richtig. Eigentlich sollte die Stadt das Land behalten, aber wenn es konkret wird, wird doch wieder verkauft. Vielleicht muss die Stadt eine Linie finden. Es geht letztendlich darum, ob die Stadt Land besitzen will oder nicht. Das ist eine wichtige gesellschaftliche Frage, die gelöst werden muss. Wenn die Stadt kein Land besitzt, spielt der Markt und der Markt macht was er will.

Ch. Ingold (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion bittet die Ratsmitglieder einen Sachentscheid zu fällen. Die Firma Royal Döner AG will das Land kaufen und die Stadt kann verkaufen. Jetzt geht es nicht darum, auf der Abgabe im Baurecht zu beharren, sondern die Arbeitsplätze zu sichern. In diesem konkreten Fall will die Firma das Land kaufen. Das Land steht zur Disposition und die Royal Döner AG ist in Winterthur verwurzelt. Der Chef der Firma hat sich in Winterthur etabliert. Er ist der Stadt verbunden und will deshalb in Winterthur bleiben. Verschiedene Gründen sprechen nicht unbedingt dafür, in Winterthur zu investieren. Deshalb ist es wichtig, dass die Stadt das Land verkaufen kann. Diese Gelegenheit muss genutzt werden. Es lohnt sich in diesem Fall nicht, grössere Ziele zu verfolgen. Wenn Royal Döner umzieht, wird das von der Firma genutzte Land frei. Dieses Grundstück befindet sich in der Nähe von Neuhegi. Vor kurzem wurde für dieses Gebiet ein Gestaltungsplan verabschiedet, stark verkehrserzeugende Nutzung konnten ausgeschlossen werden. Die Grossmärkte werden sich dort nicht weiter ausbreiten. Es ist wichtig, dass die Stadt das Stück Land im Auge behält und der Genossenschaftsbund Migros, der das Land besitzt, nicht eine weitere stark verkehrserzeugende Nutzung platziert, in einem Gebiet, das bereits durch den Verkehr überlastet ist. Die EVP/BDP-Fraktion lehnt den Rückweisungsantrag ab.

Stadträtin Y. Beutler: Der Stadtrat verfolgt eine differenzierte Landpolitik. Das Baurecht stand bei diesem Geschäft zur Debatte. Wenn es möglich und sinnvoll ist, soll eine Abgabe im Baurecht erfolgen. Der Stadtrat hat hart um die Abgabe im Baurecht gerungen und viele Gespräche geführt. Der Stadtpräsident hat sich persönlich mit der Käuferschaft getroffen. Man hat aber gemerkt, dass kein Durchkommen ist. Letztlich musste der Stadtrat eine Güterabwägung vornehmen – riskiert man 100 Arbeitsplätze oder verkauft man das Land. Der Stadtrat hat entschieden, dass es sehr wichtig ist, die 100 Arbeitsplätze in der Stadt zu erhalten. Dort wo ein Baurecht sinnvoll ist, soll es umgesetzt werden. Darauf weist Stadträtin Y. Beutler immer wieder hin. Das ist bei Wohnbauten oder Genossenschaften der Fall. Auch für gewisse Gewerbe kann ein Baurecht Sinn machen, wenn die Liegenschaften, die auf den Grundstücken erstellt werden, am Ende der Baurechtsdauer noch einen Wert haben, weil sie

unterhalten wurden. Die Stadt will den künftigen Generationen mit dem Baurecht keine Last auferlegen. Hier geht um eine Kebab produzierende Firma. Der Trend geht eher zu veganer Kost. Stadträtin Y. Beutler weiss nicht, wie die Situation in 90 Jahre aussehen wird und was den künftigen Generationen mit einer Abgabe im Baurecht hinterlassen würde. Auch dieser Punkt hat gegen eine Abgabe im Baurecht gesprochen. Stadträtin Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder, den Rückweisungsantrag abzulehnen und dem Geschäft zuzustimmen.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über den Rückweisungsantrag abstimmen.

Der Rat lehnt die Rückweisung ab.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze stellt fest, dass kein Ablehnungsantrag gestellt wurde. Damit hat der Rat dem Geschäft zugestimmt. Das Geschäft ist erledigt.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2014-079: 12-Jahres-Strategie und Legislatorschwerpunkte 2014-2018

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Es handelt sich um ein Geschäft zur Kenntnisnahme.

A. Steiner (GLP/PP): Der Stadtrat hat die Legislatorschwerpunkte 2014 bis 2018 vorgestellt und hat gleichzeitig ein Novum eingebaut. Er gibt einen Ausblick auf die nächsten 12 Jahre. Wenn eine Stadt weiterentwickelt werden soll, ist es wichtig, über eine Legislatur hinauszublicken. Deshalb hat der Stadtrat einen Ausblick gewagt und aufgezeigt, wie es langfristig aussehen soll. Dieser Teil ist relativ allgemein gehalten. Unter dem Titel Ziel 2026 hat der Stadtrat auf 6 Seiten zu verschiedenen Themen die konkreten Legislaturziele bis 2018 aufgelistet. Der Stadtrat spricht folgende Themen an: Finanzen: Dabei ist hervorzuheben, dass unter anderem die Öffnung von Eigenkapital ein Ziel ist. Das Eigenkapital der Stadt ist sehr tief. Der Stadtrat will das Eigenkapital erhöhen. Im Weiteren plant der Stadtrat eine nachhaltige Finanzpolitik. Er will den Nachkommen keine Schulden hinterlassen. Zudem sollen die Steuereinnahmen verbessert werden. Wirtschaft: Hier setzt der Stadtrat auf die Impulsstrategie Wirtschaft, die aber noch nicht veröffentlicht wurde. Man darf gespannt sein, was diese Strategie konkret bedeutet. Kultur: Der Stadtrat hat sich auch hier Ziele gesetzt. Das Kulturleitbild ist in Bearbeitung und soll demnächst dem Gemeinderat vorgelegt werden. Das Museumskonzept wird ebenfalls unter den Zielen aufgeführt. Verkehr: Der Stadtrat setzt das städtische Gesamtverkehrskonzept in den Mittelpunkt. Das wurde im Gemeinderat beschlossen und ist ein umfassendes Planungskonzept. Daran orientiert sich die gesamte Verkehrspolitik. Im Bereich gesellschaftlicher Zusammenhalt und Lebensqualität wird die hohe Lebensqualität in Winterthur erwähnt. Winterthur soll zudem die sicherste Grossstadt der Schweiz bleiben. Der Stadtrat will das private Engagement stärken. Integration ist ein weiterer wichtiger Punkt und auch das Konzept „Raum für Bewegung und Sport“. Die Quartiere sollen weiterhin eine wichtige Bedeutung haben. Als letztes Kapitel führt der Stadtrat die Stadtverwaltung als weiteren Punkt auf. Die Stadt soll auch in Zukunft eine gute Arbeitgeberin bleiben. Das Papier ist recht kurz gefasst und – wie das Strategien oft sind – ist es wenig konkret. Das wurde auch in der Aufsichtskommission kritisiert. Die Formulierungen sind vage und die Flughöhe ist sehr hoch. Konkrete Zielsetzungen sind eigentlich nicht enthalten aber der Stadtrat gibt eine Stossrichtung vor.

Meinung der GLP/PP-Fraktion: Die sehr hohe Flughöhe hat A. Steiner bereits erwähnt. Ein Strategiepapier ist nur dann wertvoll, wenn damit gearbeitet wird und klare Ziele, die qualitativ und quantitativ messbaren sind, gesetzt werden. Zudem ist es wichtig, dass die Verantwortlichkeiten definiert werden. Es gibt viele Querschnittsaufgaben in der Stadt, für die jemand die Verantwortung übernehmen muss, damit das Ziel erreicht wird. Das wird sicher die Aufgabe der Kommissionen sein. Vielleicht spielt das auch bei der Abnahme der Rechnung eine Rolle, indem die WoV-Indikatoren überprüft werden. Der Gemeinderat muss prüfen, ob

es neue oder zusätzliche Ziele braucht. Der Stadtrat soll letztendlich überprüfen können, ob die Legislaturziele erreicht wurden.

Ch. Leupi (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt die 12-Jahres-Strategie negativ zur Kenntnis. Einerseits ist es zu begrüßen, dass dem Gemeinderat eine 12-Jahres-Strategie vorgelegt wird, die über die nächsten 4 Amtsjahre hinausgeht. Die Ziele sind aber zu schwammig formuliert und zu wenig konkret. Auch sind wichtige Bereiche wie Bildung und Sport nicht vertreten, obwohl sie für die SVP eine höhere Bedeutung haben als zum Beispiel die Kultur.

Ch. Ingold (EVP/BDP): Die 12-Jahres-Strategie hat in der Aufsichtskommission zu längeren etwas müssigen Diskussionen geführt. Daraus schliesst die EVP/BDP-Fraktion zwei Dinge: 1. Das Parlament interessiert sich sehr dafür, was der Stadtrat plant und möchte noch detaillierter und verbindlicher informiert werden. 2. Die Form dieser 12-Jahres-Strategie ist zu wenig verständlich. Im Gespräch hat sich bestätigt, dass es sich lediglich um ein Planungsinstrument handelt und nicht um ein verpflichtendes Versprechen, was die Stadt in den nächsten 12 Jahren umsetzen wird. Das Parlament hätte gerne verbindlichere Planungsdetails und möchte auf diese in der Folge Einfluss nehmen. Dass das nicht geht, sollte aufgrund der unterschiedlichen Aufgaben von Legislative und Exekutive klar sein. Der Stadtrat zeigt Ziele auf, muss sich aber für die Detailplanung freie Hand vorbehalten. Der Gemeinderat kann diese Absichten zur Kenntnis nehmen. Deshalb hat Ch. Ingold keine Anmerkungen inhaltlicher Natur. Es handelt sich um relativ unverbindliche aber auch unverfängliche Stossrichtungen, die der Stadtrat ankündigt. Viel Profil zeigt sich in diesem Dokument nicht, was in der Charakteristik des Instruments liegt.

M. Sorgo (SP): Aus Sicht der SP-Fraktion und aus deren Verständnis sind die 12-Jahres-Strategie und die Legislaturziele erstellt worden, damit sich der Stadtrat Leitplanken geben kann für seine politische und strategische Arbeit. Umso mehr erstaunt es, auf wie wenig Platz der Stadtrat seine Ziele für die nächsten 4 beziehungsweise 12 Jahre formuliert. Auch wenn das Strategiepapier dazu dienen soll, die übergeordneten Leitziele für die Legislatur festzulegen, kann man doch erwarten, dass substantielle Aussagen zu diesen Zielen zu erkennen sind. Deshalb will M. Sorgo im Namen der SP-Fraktion eine vertiefte Diskussion anregen und wird sich etwas eingehender äussern, auch wenn der Gemeinderat das Papier nur zur Kenntnis nehmen und keine Anträge stellen kann. Finanzen: Dem Stadtrat ist zugute zu halten, dass die aufgezählten Schwerpunkte zumindest auf den ersten Blick klar und greifbar wirken. Unklar bleibt aber, wie der Stadtrat das Leistungsangebot in den Zielen für 2026 genau definiert. Damit bleibt die Gefahr bestehen, dass das Ziel durch einen Abbau des bisherigen Angebots angestrebt wird. Eine Äufnung des Eigenkapitals in der momentanen Finanzlage steht für die SP-Fraktion nicht im Vordergrund. In einer Zeit, in der Winterthur mit Balance bei vielen wichtigen städtischen Angeboten regelrechte Kahlschläge befürchten muss, ist es erstaunlich, dass das Eigenkapital eine so hohe Priorität hat. Gleichzeitig fehlt ein wichtiger Punkt, der einen grossen Einfluss auf die finanzielle Situation der Stadt hat. Die SP erwartet vom Stadtrat, dass er sich in dieser Legislatur dezidiert für eine gerechte und solidarische Verteilung der Ausgaben im sozialen Bereich einsetzt. Solange die Kosten im sozialen Bereich im Kanton Zürich so ungleich verteilt sind, solange wird Winterthur immer wieder mit der finanziellen Situation kämpfen. Winterthur kann eine Vorreiterrolle übernehmen. Vor einem Jahr wurde Winterthur aufgrund der Forderung, die Soziallasten anders zu verteilen, belächelt. Inzwischen hat das Thema für den Kantons- und Regierungsrat sehr hohe Priorität erhalten. Wirtschaft: Der Stadtrat bezieht sich stark auf Impulse für die Wirtschaft, die noch nicht bekannt sind. Konkretere Aussagen hat er nicht gemacht. Die gesetzten Schwerpunkte, die der Stadtrat nennt – Verkehrsanbindung und Baubewilligungen – deuten auf eine fast erschreckende Ideenlosigkeit hin, wie Winterthur sich als Wirtschaftsstandort präsentieren will. Weitere wichtige Standortfaktoren werden nicht erwähnt. Dabei fehlen vor allem Ökologie und Nachhaltigkeit. In der heutigen Zeit ist Nachhaltigkeit ein wichtiger Standortvorteil. Gerade in der Stadt Winterthur mit den vielen Industriebetrieben, besteht die Möglichkeit, den nachhaltigen Umgang mit allen Ressourcen zu nutzen, um sich von anderen Wirtschaftsstandorten positiv abzuheben.

Kultur: Im letzten Jahr ist eine rege und kontrovers geführte Diskussion über die Weichenstellung der städtischen Kulturinstitutionen entstanden. Anstatt diese Diskussion aktiv mitzugestalten, scheint sich der Stadtrat vorwiegend mit der Erstellung von neuen Konzepten und Leitbildern zu beschäftigen. Da wo er eigene Schwerpunkte benennen will, wird das ganze kulturelle Angebot zum Schwerpunkt und sagt gleichzeitig nichts mehr aus. Wenn das Strategiepapier so schwammig und nichtssagend bleibt, ist zu befürchten, dass auch die Leitbilder inhaltslos bleiben. Die Strategielosigkeit zeigt sich beispielhaft in der Diskussion um das Stadttheater Winterthur, die bis heute unklar bleibt und niemand weiss, was der Stadtrat will. Eine Politik, die sich weder für Fisch noch Vogel entscheiden kann, ist nicht nur für einzelne Kulturprojekte verfehlt, sondern für die Kulturstadt Winterthur als Gesamtes. Das Positivste ist die Aussage, dass die Kultur überhaupt ein Schwerpunkt ist. Auch wenn der Stadtrat in seinem ersten Amtsjahr in dieser Besetzung eher das Gegenteil bewiesen hat. Verkehr: Der Stadtrat setzt sich das 12-Jahres-Ziel, das städtische Gesamtverkehrskonzept umzusetzen. Dieses Ziel ist nicht visionär und sollte vielmehr eine Selbstverständlichkeit darstellen. Dabei hätte die Stadt gute Voraussetzungen eine Vorbildrolle als urbanes Zentrum mit einem auf die Zukunft ausgerichteten Verkehrsregulierungssystem zu übernehmen. Durch das Technikum und die ansässigen Industriebetriebe verfügt Winterthur über viel Know-how. Doch anstatt Zukunft gerichtete Pläne zu erarbeiten, werden Massnahmen präsentiert, die eher lustlos wirken und sehr wenig Aussagekraft haben. Die SP erwartet vom Stadtrat mehr Mut. Im Punkt Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Lebensqualität wird zum ersten Mal Ökologie und Nachhaltigkeit erwähnt. Das ist begrüssenswert. Allerdings setzt der Stadtrat offensichtlich vor allem auf privates Engagement und darauf, dass der Kanton aktiv wird. Wo bleibt das Engagement der Stadt? Funktionierende Strukturen für die Freiwilligenarbeit verursachen ebenfalls Kosten und benötigen gute Rahmenbedingungen, die von der Stadt zur Verfügung gestellt werden müssen. Gerade hier arbeitet die bürgerliche Mehrheit im Gemeinderat im Moment in die entgegengesetzte Richtung. Solange der Gemeinderat Angebote wie zum Beispiel die Alte Kaserne oder die Quartierentwicklung boykottiert, kürzt und streicht, können die gesetzten Ziele nicht erreicht werden. Es würde der bürgerlichen Mehrheit gut anstehen, wenn sie sich wenigstens über die längerfristigen Ziele und Schwerpunkte einig werden könnte.

Der Stadtrat wünscht sich eine innovative, kostengünstige, kundenfreundliche und effiziente Stadtverwaltung. Gleichzeitig werden aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kein einziges Mal erwähnt. Das sagt einiges aus über den Stellenwert der Angestellten. Ohne motivierte und gut qualifizierte Fachkräfte, die sich mit ihrer Arbeitgeberin identifizieren können, wird die Verwaltung kaum wunschgemäss funktionieren. Die Mitarbeiterumfrage zeigt deutlich, dass die Zufriedenheit abgenommen hat. Auch die Privatwirtschaft hat erkannt, dass gutes Personal gefördert werden muss. Die Stadt täte gut daran, ihren Angestellten zu spüren zu geben, dass sie wichtig sind und dass sie sich als Arbeitgeberin für sie einsetzt. Dafür braucht es tatkräftige Zeichen und weniger Worte. Der Stadtrat will die Rechtsform von einzelnen Verwaltungseinheiten eingehend prüfen. Was bringt eine Prüfung, wenn man nicht weiss, was man mit diesen Einheiten will? Wäre das Ziel klar, könnte man die geeignete Rechtsform daraus ableiten. Auch hier sieht die SP eine Orientierungslosigkeit in der die Regierung zu stecken scheint. Der Punkt, der auch der SP fehlt, ist die Bildung. Es wurde gesagt, dass die Stadt darauf keinen Einfluss nehmen kann und gehöre deshalb nicht zu den Schwerpunkten. Das stimmt nur zum Teil. Die Gesetzgebung ist zum grössten Teil kantonal. Die Stadt hat aber bei der Ausgestaltung grossen Einfluss und Kompetenzen. Das konnte man in Bezug auf das Technikum sehen. Weil alle zusammen standen, konnte einiges erreicht werden. In letzter Zeit ist man selten so geeinigt aufgetreten. Fazit: In weiten Teilen kommt das Papier visionslos daher und zeugt von fehlendem Mut und wenig Schaffenskraft. Die konkreten, messbaren und realistischen Ziele, mit denen die Schwerpunkte hinterlegt werden sollten, sind in keinem Punkt wirklich spürbar. Es wirkt, als ob nach dem starken Wachstum und der Entwicklung in den letzten Jahren, die Visionen während der Konsolidierungsphase fehlen. Statt konkreter Aussagen, wie der Stadtrat seine Legislatur und die Stadt gestalten will, schein er sich vor allem hinter dem Konzept und den Strategien zu verstecken. Aber die Stadt ist durch die Menschen zu dem geworden, was sie ist und nicht durch Konzepte und Checklisten. Die Flughöhe eines Strategiepapiers mag hoch sein, aber der Funkkontakt zum

Boden sollte man trotzdem nicht verlieren. Die SP erwartet vom Stadtrat die Konkretisierung der Schwerpunkte und Massnahmen, damit eine politische Diskussion geführt werden kann. Das Strategiepapier in der jetzigen Form nimmt die SP zur Kenntnis und ist gespannt auf die Umsetzung. Bisher ist darin vor allem eine neue bürgerliche Regierung ohne Schaffenskraft und Visionen zu erkennen.

U. Hofer (FDP): Thomas von Aquin hätte gesagt: „Für Wunder muss man beten, für Veränderungen arbeiten.“ Würde man all die in der 12-Jahres-Strategie genannten Ziele erreichen, würde das nahezu an ein Wunder grenzen. Diesbezüglich ist U. Hofer erstaunt über die scharfe Kritik, die man in gleicher Schärfe bereits vor 4 Jahren hätte formulieren können. Das war aber nicht der Fall. Aus dem eingangs erwähnten Zitat kann man auch die Befürchtungen der FDP-Fraktion ableiten. Auch U. Hofer ist nicht sicher, ob der Stadtrat am Beten ist oder ob er konsequent und mit vereinten Kräften auf das Erreichen der Ziele hinarbeitet. Wieso befürchtet die FDP, dass der Text und die Realität nicht übereinstimmen könnten? Bei den Legislatorschwerpunkten steht: „Ziel ist die Steigerung der Steuerkraft pro Einwohner/Einwohnerin. Diese soll durch gezielte Förderung der Ausstrahlung der Stadt Winterthur als attraktive Standortgemeinde erreicht werden.“ Anlässlich des Budgetprozesses für das Jahr 2015 wurde der Gemeinderat bereits zum zweiten Mal mit der Forderung nach einer Steuererhöhung konfrontiert. Falls das nicht allen klar sein sollte, Steuererhöhungen mögen kurzfristig die Steuereinnahmen erhöhen, sind aber kein wirkungsvolles Instrument, um die Steuerkraft zu erhöhen und sie sind keine Massnahme zur gezielten Förderung von Winterthur als attraktive Standortgemeinde. In den Legislatorschwerpunkten steht weiter: „Ein neues Kulturleitbild wird erarbeitet und umgesetzt.“ Und „Die Impulsstrategie Wirtschaft wird umgesetzt.“ Wunderbar. Allerdings wartet man nicht erst seit dieser Legislatur auf die beiden Papiere. Die FDP würde es begrüßen, wenn diese bald diskutiert werden könnten. Zum Thema Wirtschaft ist zu lesen, dass die Impulsstrategie eine gute verkehrliche Erreichbarkeit der Unternehmen beinhaltet. Wieso wird der Gemeinderat in Kürze über eine Parkplatzverordnung abstimmen, die von den Winterthurer Unternehmen unisono abgelehnt wird und gegenteilige Impulse setzt, als in der Strategie beabsichtigt sind? Vor dem Hintergrund dieser Zweifel kann man eine klare Erwartungshaltung ableiten. Der Stadtrat wird im Rahmen von Balance die Gelegenheit haben, zu beweisen, dass er nicht nur in der Theorie strategisch denkt, sondern auch strategisch lenken kann. Die FDP hat folgende Erwartungen: 1. Jede Massnahme muss sich anhand dieses Papiers werten und messen lassen. 2. Das Vorgehen ist insgesamt dahingehend zu prüfen, ob der Stadtrat wirklich strategisch überlegt und die Probleme identifiziert hat, oder aber, wie in anderen Sparsbereichen, einfach linear Kosten einsparen will. Die FDP erwartet, dass sich der Stadtrat den grossen Fragen stellt, sie analysiert und die Probleme löst. Vor diesem Hintergrund nimmt die FDP-Fraktion die 12-Jahres-Strategie und die Legislatorschwerpunkte mit grossen Erwartungen und leichten Zweifeln zur Kenntnis und erinnert an die Worte von Goethe: „Der Worte sind genug gewechselt, lasst mich auch endlich Taten sehen.“

M. Zehnder (GLP/PP): Als Mitglied der BSKK hat M. Zehnder den Fokus auf Bildung, Sport und Kultur gelegt. Das Thema Bildung wird in den Schwerpunkten nicht erwähnt. M. Zehnder hat geglaubt, dass Winterthur eine Bildungsstadt ist. Warum gehört die Bildung nicht zu den Legislatorschwerpunkten? Wie sehen die Legislaturziele in der Volksschule bei den Freifächern aus? Wie sieht die Sonderschulung und Entwicklung aus? Wie viele Schulraumprovisorien braucht es noch? Dazu werden keine Angaben gemacht – Bildung ist kein Schwerpunkt. Wie gedenkt sich der Stadtrat zum Thema ZHAW, Volksschule und Museumspädagogik zu positionieren? Was wird mit der MSW oder mit dem Berufsvorbereitungsjahr? Keine Angaben, keine Ziele, ausser den Mitteilungen, die allenfalls vom Kanton kommen. Sport: M. Zehnder ist froh, dass im Kapitel gesellschaftlicher Zusammenhalt und Lebensqualität das Konzept „Raum für Bewegung und Sport“ erwähnt wird und der Sport ein kleiner Schwerpunkt ist. Es geht um die Gesundheit der Bevölkerung. Das ist ein wichtiger Schwerpunkt – im Papier wird dieser nebenbei erwähnt. Was mit dem Angebot an Hallen für Schulen und Vereine passieren soll, wird in den Schwerpunkten nicht erwähnt. Kultur Ziel 2026: Der Stadtrat schreibt: „Winterthur ist eine Kulturstadt mit grosser Ausstrahlung nach aussen und

Vielfalt nach innen.“ Vielleicht ist es eine Unterstellung, aber M. Zehnder vermutet, dass der Stadtrat mehr Wert auf die Ausstrahlung nach aussen legt, als auf die Vielfalt für die Steuerzahler in Winterthur. Eine andere Reihenfolge wäre bei der Kultur wichtiger – zuerst nach innen und dann nach aussen. Bei den Zielen 2018 sind die einzelnen Punkte bereits im Kulturleitbild enthalten. In den Schwerpunkten steht lediglich, dass ein neues Kulturleitbild erarbeitet und umgesetzt wird. Etwas Neues ist nicht darin enthalten. Es ist nicht zielführend vor allem auf vorhandene Leitbilder zu verweisen, die sowieso umgesetzt werden müssen. Folgende Aussagen in der BSKK hat M. Zehner gefunden, die auch in der Fraktion Unterstützung gefunden haben: Beim Ziel Verkehr ist es positiv, dass weitere Massnahmen zum Wohnschutz getroffen werden. Ansonsten steht in den Schwerpunkten vor allem, dass das Gesamtverkehrskonzept umgesetzt wird – als ob das nicht seit langem zu erwarten ist. Die Projekte, die vom Stadtrat aufgelistet werden, sollen weiter bearbeitet werden. Das ist zu hoffen. Was den motorisierten Individualverkehr anbelangt, kann die GLP/PP-Fraktion keine Lorbeeren verteilen. Ziele in Bezug auf den Busverkehr oder den Velo- und Langsamverkehr sind nicht enthalten. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist ein weiterer Punkt. Dieser Abschnitt ist sehr spannend und ist zu würdigen. Energieziele, Sicherheit, Vereinsleben, Frühförderung und Lebensqualität – das alles kann die GLP/PP-Fraktion unterstützen. Stadtverwaltung, Ziel 2026: M. Zehnder fragt sich, ob der Stadtrat kein Vertrauen in die Angestellten hat und ob es so schlecht um die Mitarbeitenden steht. Wenn er die Ziele liest, stellt sich die Frage, ob diese Ziele nicht bereits Realität sind. Ist es nicht so, dass einige wenige Punkte optimiert und die Abläufe verbessert werden müssen? Muss man wirklich als Ziel 2026 etwas in die Schwerpunkte aufnehmen, das bereits gelebt werden müsste? Zeigt das, dass der Stadtrat kein Vertrauen hat in die Angestellten? Im letzten Satz steht, dass der Stadtrat ein neues Unternehmensleitbild erstellen will. Die Stadt ist aber keine Firma. Es wäre vielleicht besser, wenn der Stadtrat kein Unternehmensleitbild erstellen, sondern sich um die Stadt kümmern würde. Die GLP/PP-Fraktion nimmt die 12-Jahres-Strategie und die Legislatorschwerpunkte nicht allzu positiv zur Kenntnis.

F. Albanese (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion honoriert das Bestreben des Stadtrates neben den Legislatorschwerpunkten auch eine langfristige Strategie für die Stadt zu verfolgen. Das geht in die richtige Richtung. Man muss sich aber fragen, ob der zeitliche Horizont nicht gar zu ambitioniert gewählt wurde. F. Albanese ist gespannt, wie viele Gemeinderatsmitglieder und Stadtratsmitglieder jung und knackig genug sind, um in 12 Jahre noch überprüfen zu können, in wie weit die erreichten Resultate mit der langfristigen Strategie übereinstimmen. Viele Schwerpunkte sind zudem nicht konkret genug formuliert und somit auch schwer messbar. Trotzdem nimmt die CVP/EDU-Fraktion die 12-Jahres-Strategie und die Legislatorschwerpunkte 2014 bis 2018 zwar nicht ohne Skepsis aber, im Gegensatz zu den kritischen Vorrednerinnen und Vorrednern, weitgehend positiv und wohlwollend zur Kenntnis.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Grosse Gemeinderat kann das Papier lediglich zur Kenntnis nehmen. Er kann es weder ergänzen, abändern oder zurückweisen. Selbstverständlich würde das Papier anders aussehen, wenn es die Grüne/AL-Fraktion geschrieben hätte. Die Ökologie wäre dann ein zentraler Schwerpunkt. Aber es handelt sich um ein Papier des Stadtrates. Man hat es in der Aufsichtskommission und auch im Rat gehört, das Papier ist viel zu wenig konkret formuliert. Aber was ist in 12 Jahren? Das ist doch relativ weit weg. Einige haben verlangt, dass der Stadtrat ein Papier vorlegen soll mit konkret messbaren Zielen. Wenn Ch. Griesser das Wort messbare Zielvorgaben hört, denkt er nicht an eine 12-Jahres-Strategie, sondern an ein Mitarbeiterbeurteilungsgespräch. Das Mitarbeiterbeurteilungsgespräch mit dem Stadtrat führt das Volk und das sind die Wahlen. Ch. Griesser ist der Ansicht, dass der Gemeinderat auf konkret messbare Zielvorgaben verzichten kann. Dafür wird bei einer Zielerreichung auch kein Bonus zur Verfügung stehen. Die Grüne/AL-Fraktion nimmt das Papier zur Kenntnis – weder mit Freude noch mit Ablehnung – und will sich den konkreten politischen Diskussionsthemen zuwenden, wie zum Beispiel den Parkplätzen.

Stadtpräsident M. Künzle: Der Stadtrat hat mit Lust diese Strategie erarbeitet, dabei wurden 6 Schwerpunkte festgelegt. Der Stadtrat erachtet sich als genügend jung und knackig,

um in 12 Jahren zu überprüfen, was dabei herausgekommen ist. Stadtpräsident M. Künzle bedankt sich bei A. Steiner, die das Geschäft vorgestellt hat und bei den einzelnen Fraktionen für die kritische Auseinandersetzung mit dem Papier. Die Flughöhe wurde kritisiert. Es handelt sich um ein Strategiepapier über 12 Jahre. Wer erwartet, dass der Stadtrat Massnahmen festlegt, die in 10 oder 11 Jahren greifen sollen, liegt falsch. Selbstverständlich bleibt es nicht bei diesem Papier. Der Stadtrat hatte den Mut, die Fülle an Themen auf 6 Schwerpunkte zu reduzieren. Der Stadtpräsident hat gehört, dass diverse Themen vermisst werden. Der Stadtrat steht dazu. Wenn etwas nicht in den Schwerpunkten enthalten ist, wird das Thema nicht einfach vernachlässigt. Auf die genannten Schwerpunkte sollen in den nächsten Jahren mehr Ressourcen verwendet werden, als auf die 0815 Verwaltungsarbeiten, die aber nicht wegbrechen. Die Pflichten werden trotzdem erfüllt.

Die negative Kenntnisnahme der SVP bedauert der Stadtpräsident. Es wurde moniert, dass die Liste zu schwammig ist. Es handelt sich um ein Strategiepapier. Der bürgerlichen Mehrheit im Stadtrat hätte Unterstützung gut getan. Planungsgrundlagen und Massnahmen werden gestützt auf dieses Papier erarbeitet. Das Stichwort Impulsstrategie ist gefallen. Diese ist inzwischen soweit, dass sie demnächst dem Stadtrat vorgelegt werden kann. Wenn moniert wird, dass zu wenig schnell gehandelt wird, muss Stadtpräsident M. Künzle zu bedenken geben, dass die Regierung seit dem 1. Mai 2014 im Amt ist. Rückblickend hat der Stadtrat in Rekordzeit die strategischen Papiere erarbeitet und intensiv diskutiert. Er hat sich genügend Zeit genommen. Andere Städte haben ebenfalls am 1. Mai 2014 begonnen und noch keine Strategiepapiere erarbeitet. Dem Stadtrat ist die Vorausschau auf 12 Jahre wichtig. Eine Stadt kann nicht in einem Rhythmus von 4 Jahren entwickelt werden. Man muss weiter vorausschauen und eine Richtung bestimmen. Der Stadtrat hofft natürlich, dass das Parlament diese Stossrichtungen aufnimmt und in die gleiche Richtung geht, zumal der Stadtrat Themen gewählt hat, die für die nächsten Jahre wesentlich sind – davon ist Stadtpräsident M. Künzle überzeugt. Die Finanzen gehören dazu. Um den Handlungsspielraum zu erhalten, den der Stadtrat braucht, um die Stadt weiterzuentwickeln, sind nachhaltige Finanzen notwendig. Dazu gehört auch ein genügend grosses Eigenkapital, damit reagiert werden kann, wenn es nicht so gut läuft. Gute Finanzen bilden die Basis für die Umsetzung der anderen Schwerpunkte. Wirtschaft: Wer den Wahlkampf im letzten Januar/Februar miterlebt hat, weiss, dass der Stadtrat Arbeitsplätze fördern will. Er ist mit den Unternehmen im Gespräch. Wie der Stadtrat versucht die Unternehmungen in Winterthur zu halten, hat sich auch das Geschäft 2014/112 gezeigt. Der Gemeinderat hat diese Bemühungen unterstützt, dafür bedankt sich Stadtpräsident M. Künzle.

Der Kulturbereich wurde ebenfalls angesprochen. Stadtpräsident M. Künzle steht weiterhin dazu – wenn die Stadt ihre Ausstrahlung behalten soll, muss an dieser Stärke weiter gearbeitet werden. Die Stärke der Stadt ist die Kultur. Die hohe Qualität und Vielfalt soll weitergetragen werden. Natürlich kann man unterschiedliche Philosophien wählen und eine Institution schliessen, um mehr Geld für alle anderen zu erhalten. Das entspricht nicht der Philosophie des Stadtrates. Er will die Kulturstadt und das vorhandene Angebot in die Zukunft führen. Angesetzt werden soll bei der Zusammenarbeit der einzelnen Institutionen, die enger gestaltet werden soll. Im April wird der Stadtrat das Museumskonzept vorlegen. Zudem soll das private Engagement gefördert werden. Gespräche haben bereits stattgefunden. Stadtpräsident M. Künzle ist überzeugt, dass ein gewisses Potential vorhanden ist, obwohl viele Unternehmen und Private die Kulturstadt bereits unterstützen. Es ist wichtig, die Kultur in die Zukunft zu bringen. Letztes Wochenende war Stadtpräsident M. Künzle in Hamburg und hat die Vernissage „Verzauberte Zeit“ besucht. Die Hahnloser-Sammlung aus der Villa Flora wurde gezeigt. In Hamburg ist das ein absoluter Höhepunkt im Jahr 2015. Die Hamburger verstehen nicht, warum die Villa Flora kontrovers diskutiert wird. Das Potential ist vorhanden und die Stadt verfügt über einen riesigen Kulturschatz. Es wird auch gelingen damit in die Zukunft zu gehen. Stadtpräsident M. Künzle fordert einmal mehr die Privaten auf, die Kultur zu unterstützen und die Konzerte und Museen zu besuchen.

Der Stadtrat befasst sich auch mit der Stadtverwaltung. Die Mitarbeiter wurden nicht explizit im Papier genannt, dafür in der Organisation. Ein Unternehmensleitbild besteht bereits, stammt aber aus den 70er Jahren. Deshalb war eine Überarbeitung notwendig. Ein Strategiepapier ist ein politisches Statement. Man kann viel Lustlosigkeit und Ideenlosigkeit hinein-

lesen. In einem Strategiepapier sind viele Ansätze enthalten. Der Stadtrat hat die Schwerpunkte definiert. Das Papier ist keineswegs weder Fisch noch Vogel, wie gesagt wurde. Der Stadtrat hat sehr viele Ideen, aber viele Ideen kosten etwas. Das führt schnell zu einer Finanzdiskussion. Zuerst braucht es aber den entsprechenden Spielraum, daran arbeitet der Stadtrat. Stadtpräsident M. Künzle kann das Votum der SP-Fraktion dennoch verstehen. Die Bildung wurde mehrmals erwähnt. Der Stadtrat hat selbstverständlich über Bildung diskutiert und als zusätzlichen Schwerpunkt in Erwägung gezogen. Er hat diesen Punkt bewusst weggelassen, weil dort, wo die Stadt einen direkten Handlungsspielraum hat, die Kompetenzen nicht beim Stadtrat sondern bei der Zentralschulpflege liegen, die ein eigenes Strategiepapier erarbeitet hat. Damit ist in der Stadt Winterthur ein Strategiepapier im Bereich Bildung vorhanden. Der Stadtrat musste keinen zusätzlichen Schwerpunkt bilden. Dass es auch ohne Schwerpunkt Bildung funktioniert, haben Gemeinderat und Stadtrat gemeinsam bewiesen. Das Technikum wird in Winterthur bleiben, weil alle zusammengestanden sind und gegen einen Umzug opponiert haben. Städtisches Gesamtverkehrskonzept: Es wurde erklärt, dass der Stadtrat etwas übernimmt, was die Vorgänger aufgestellt haben. Die Vorgänger haben sehr grosse Projekte angerissen, das städtische Gesamtverkehrskonzept ist eines davon. Der Gemeinderat geht hoffentlich nicht davon aus, dass der Stadtrat das ganze Paket einfach negiert. Der Gemeinderat hat das Konzept mit absoluter Mehrheit verabschiedet und gezeigt, dass er dahinter steht. Über Strategiepapiere kann man sehr lange diskutieren. Wichtig ist, dass der Gemeinderat das Papier zur Kenntnis nimmt und immer wieder hervorholt. Der Stadtrat kann und soll daran gemessen werden. Er hat diese Schwerpunkte festgelegt und wird in den nächsten 12 Jahren daran arbeiten. Die Legislatorschwerpunkte sind aber nicht einfach fix. Strategiepapiere verlangen eine rollende Planung. Es können neue Themen hinzukommen. In einem nächsten Schritt werden die Massnahmen umgesetzt. Der Gemeinderat wird darüber informiert. Der Stadtrat wird immer wieder Bezug auf dieses Papier nehmen. Er ist gewillt, damit die Stadt weiterzuentwickeln.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Damit hat der Gemeinderat das Strategiepapier zur Kenntnis genommen. Damit ist das Geschäft 2014/079 erledigt.

Ch. Baumann (SP), persönliche Erklärung: Es ist nicht üblich zu kursierenden Vorstössen im Parlament zu sprechen. Die Erfahrungen aus den letzten Jahren zwingen die SP zu einer Klarstellung. Es geht um das Postulat mit dem die Kitas und die Horte aufeinander abgestimmt werden sollen, damit die Vereinbarkeit von Familien und Beruf besser gewährleistet werden kann. Damit soll eine Lücke geschlossen werden. Es ist erfreulich, dass dieses Anliegen eine immer grössere Mehrheit findet im Rat. Ch. Baumann dankt der GLP, dass sie diesen Vorstoss geschrieben hat und im Rat kursieren lässt. Die SP reicht diesen Vorstoss mit ein. Ch. Baumann will aber klar stellen, dass die SP einen Einwand machen muss. Das Postulat wird nur unter der Prämisse unterstützt, dass auch die entsprechenden finanziellen Mittel gesprochen werden. Es geht um einen Ausbau der Kita-Betreuung. Damit würden für die Stadt grosse Beträge anfallen. Ch. Baumann appelliert an die einreichenden Fraktionen nicht nur eine Verbesserung auf dem Papier zu beantragen, sondern auch Taten folgen zu lassen und den Budgetposten entsprechend zu erhöhen. Die SP-Fraktion wird nur unter dieser Bedingung das Postulat mitunterstützen.

Ch. Magnusson (FDP), persönliche Erklärung: Durch diese absolut unpassende Bemerkung von Ch. Baumann fühlt sich Ch. Magnusson veranlasst eine persönliche Erklärung abzugeben. Die SP-Fraktion soll dem Beispiel folgen, das die FDP-Fraktion gibt, indem sie das Postulat nicht mit unterzeichnet, sondern auf der Rückseite unterschreibt. Damit kann sie mitteilen, dass die dieses Anliegen eine gute Idee findet aber nicht ganz dahinter stehen kann. Wenn es um die Überweisung des Postulats und um die Begründung geht, können sich die Fraktionen dazu äussern. Es ist nicht nötig bereits zum Voraus eine Stellungnahme abzugeben. Die FDP wird sich dann äussern, wenn das Postulat behandelt wird. Wenn mit dem Postulat finanzielle Mittel gefordert werden, kann die FDP das Postulat nicht unterstützen, obwohl der Goodwill jetzt eigentlich vorhanden wäre.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2014-099: Kommunale Volksinitiative «Rettet den Holidi (holidi.ch)»: Bericht und Antrag auf Ungültigerklärung oder eventualiter auf Ablehnung der Initiative

U. Meier (SP): Die Initiative wurde am 12. Juni 2014 eingereicht. Der Stadtrat stellt jetzt den Antrag diese Initiative für ungültig zu erklären. Der Initiativtext besteht aus mehreren Teilen. Der erste Teil bezieht sich konkret auf den Holidi, der restauriert oder durch eine Kopie ersetzt werden soll. Wenn das nicht möglich ist, soll ein Wettbewerb ausgeschrieben werden, um ein neues Kunstwerk mit einer sehr klaren Vorgabe erstellen zu lassen. Im zweiten Teil soll es mit einer Rechtsverordnung ermöglicht werden, dass sich die Zuständigkeit weg vom Stadtrat und hin zur Bevölkerung verschiebt. U. Meier hat die Argumente des Stadtrates aufgelistet, die für eine Ungültigerklärung sprechen. 1. Die Einheit der Materie wird in dieser Initiative verletzt. Das bezieht sich darauf, dass einerseits über die Zukunft eines bestimmten Kunstwerks abgestimmt werden soll und andererseits über eine neue Rechtsverordnung. Das sind zwei ganz unterschiedliche Bereiche. Das heisst, wenn abgestimmt würde, könnte nicht nur zur neuen Rechtsverordnung ein Ja in die Urne gelegt werden, auch wenn man findet, dass der Holidi ersetzt werden müsste. Das ist eine Schwierigkeit. 2. Übergeordnetes Recht: Das bezieht sich auf die aktuelle Rechtslage. Der Stadtrat hat die Kompetenz Wettbewerbe auszuschreiben und zu bestimmen, was für ein neues Werk entstehen soll. Das widerspricht dem Anliegen der Initiative. Deshalb soll ein vom Stadtrat gefällter Entscheid nachträglich umgestossen und durch einen Entscheid des Parlaments oder des Volkes ersetzt werden. 3. Das Urheberrecht ist der dritte Punkt und bezieht sich auf den Holidi im speziellen. Der Künstler, Herr Jans, hat klar erklärt, dass er eine Restaurierung des Holidi ablehnt. Er will auch nicht, dass eine Kopie erstellt wird. Aus diesem Grund ist der erste Teil der Initiative nicht umsetzbar. Es gäbe auch noch die Variante, die Initiative zum Teil gültig zu erklären. Der erste Teil der Initiative wäre aber bei einem positiven Volksentscheid nicht umsetzbar – Stichworte Urheberrecht und übergeordnetes Recht. Man müsste einen bereits gefällten Wettbewerbsentscheid rückgängig machen. Das ist rechtlich nicht vorgesehen. Es wäre rechtlich machbar, den zweiten Teil für gültig zu erklären. Das Problem ist, dass im Initiativtext steht, dass diese Argumentation nur als Mittel zum Zweck in die Initiative aufgenommen wurde. Wahrscheinlich wissen 90 % der Leute, die diese Initiative unterschrieben haben nicht, dass das im Initiativtext steht. Man hat für den Erhalt des Holidi Unterschriften gesammelt und nicht für eine Rechtsverordnung, die ist offensichtlich nicht das Hauptanliegen der Initiative ist und auf einem anderen Weg erreicht werden kann. Deshalb empfiehlt der Stadtrat, sowohl die Teilungültigkeit, als auch die Ungültigkeit der gesamten Initiative zu unterstützen.

D. Berger (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion beantragt, dass nur der erste Teil der Initiative ungültig erklärt wird, der Teil, der sich direkt auf den Holidi bezieht. Der zweite Teil, mit der allgemeinen Rechtsverordnung, soll für gültig erklärt werden. Wie bereits ausgeführt, verletzen die beiden Teile zusammen die Einheit der Materie. Das ist klar. Der Stadtrat stellt richtig fest, dass der zweite Teil der Initiative initiativfähig wäre. Es ist aber etwas schwierig, weil sich der Text auf den ersten Teil bezieht. Wenn man den ersten Teil weglässt und nur den zweiten Teil liest, ergibt es keinen Sinn. Die Intention ist klar – es geht darum, dass eine Rechtsverordnung erstellt wird, damit in Zukunft eine Mitsprache möglich ist. Der Stadtrat schreibt, dass es in der Initiative um den Holidi geht – das ist offensichtlich. Trotzdem kann der zweite Teil der Initiative für gültig erklärt werden. Der Gemeinderat muss darüber befinden, welcher Teil der Initiative gültig ist und welcher nicht. Der Rest ist ein Stück weit Spekulation. Unter den geänderten Vorzeichen wird auch das Initiativkomitee eingestehen, dass der Holidi verloren ist. Die Rechtsverordnung soll trotzdem geändert werden. Nüchtern betrachtet, muss der zweite Teil gültig erklärt werden. Der erste Teil allein kann nicht gültig erklärt werden, weil das Urheberrecht verletzt würde. Diese Argumentation ist aber strittig. Es

ist nicht klar, ob das wirklich ein Grund ist, die Initiative für ungültig zu erklären. Es ist nicht sicher, dass das Copyright verletzt würde, wenn die Darstellung einer menschlichen Figur den Holidi ersetzen würde. Das ist eher nicht der Fall. Aber es verstösst klar gegen übergeordnetes Recht. Der Stadtrat hat die Kompetenz, einen Entscheid zu fällen. Jetzt soll auf einer anderen Ebene dieser Entscheid umgeworfen werden. Das wäre eine problematische Sache. Die Grüne/AL-Fraktion bittet das Parlament, die Teilungültigkeit zu unterstützen. Damit könnte das Volk über die Rechtsverordnung abstimmen. Das war vielleicht nicht das ursprüngliche Ziel der Initianten. Sie wollten aber nicht auf die juristischen Vertreter der Stadt hören, die ihnen klar gesagt haben, dass diese Initiative nicht gültig sein wird. In der Beurteilung, ob etwas gültig ist oder nicht, spielt die persönliche Haltung zu einem Anliegen keine Rolle. Ausschliesslich die Gültigkeit muss beurteilt werden.

M. Wäckerlin (GLP/PP) dankt D. Berger für seinen Antrag und dafür, dass er klar trennt zwischen dem Inhalt der Initiative und den Verfahrensfragen. Jetzt wird lediglich über Verfahrensfragen gesprochen. Ist die Initiative gültig oder nicht? Der Stadtrat hat seine Meinung dargelegt. Die Initianten haben gewusst, dass der Stadtrat die Initiative ablehnt und nach Möglichkeiten suchen wird, diese Ablehnung zu begründen. Einiges scheint aber nicht ganz sauber gelaufen zu sein. Sehr ungewöhnlich ist, dass niemand aus dem Initiativkomitee in die Kommission eingeladen wurde. In der Kommissionsbesprechung konnte ausschliesslich der Stadtrat seine Aussagen machen. Das Komitee konnte nichts dazu sagen. Mindestens einer der 3 Punkte, die für eine Ungültigerklärung angeführt wurden, ist Unsinn – nämlich der Verstoss gegen das Urheberrecht. Wenn der Stadtrat und der Jurist diese Initiative gelesen hätten, hätten sie gesehen, dass diese Aussage nicht zutrifft. Der Holidi soll restauriert oder durch eine identische Kopie ersetzt werden. Falls beides nicht möglich ist, soll ein offener Wettbewerb ausgeschrieben werden. Dem Initiativkomitee war der Streit ums Urheberrecht bekannt. Wobei die Initianten der Ansicht sind, dass das Urheberrecht nicht beim Künstler liegt. Wie dem auch sei, wenn die Initiative angenommen worden wäre, hätte der Erhalt des Holidi geprüft werden müssen. Die Initianten haben aber auch Vorkehrungen getroffen für den Fall, dass das nicht möglich ist. Das dritte Argument des Stadtrates ist Unsinn. Es zeigt auch, dass der Stadtrat möglichst viele Gründe gesucht hat, um die Initiative ungültig erklären zu können. Die anderen Vorwürfe des Stadtrates können juristisch so ausgelegt werden – aber sie müssen nicht. Die Juristerei ist keine exakte Wissenschaft. Es gibt immer verschiedene Ansichten.

Das Initiativkomitee teilt die Auffassung des Stadtrates in den Punkten eins und zwei nicht und sieht weder die Einheit der Materie gefährdet noch das übergeordnete Recht und zwar aus folgenden Gründen: Die Einheit der Materie ist gewährleistet, denn es geht um den Holidi und bei der vorgeschlagenen Rechtsverordnung geht es um die konkrete Umsetzung des oben genannten Anliegens. Den Initianten wurde vom Juristen der Stadt erklärt, dass die Umsetzung der Initiative nur möglich ist, wenn die allgemeine Rechtsverordnung geändert wird. Wenn das die einzige Möglichkeit ist, um das Anliegen, den Holidi zu erhalten, umzusetzen, gibt es keine Fragen zur Einheit der Materie. Weil es die einzige Möglichkeit ist. Wenn es Varianten gäbe, könnte der letzte Satz als teilungültig gestrichen werden. Deshalb sehen die Initianten die Einheit der Materie nicht verletzt. Es ist eine allgemein formulierte Initiative, dabei geht es nicht um einen Gesetzestext. Der Gemeinderat und der Stadtrat haben bei der Umsetzung der Initiative die Möglichkeit, diese gesetzeskonform zu gestalten. Ein nationaler Präzedenzfall zeigt, dass die Frage der Einheit der Materie nicht allzu streng genommen werden darf: Über die Ecopop-Initiative kann abgestimmt werden, obschon diese Einwanderungspolitik munter vermischt mit Familienplanung. Trotzdem wurde diese Initiative nicht für ungültig erklärt. M. Wäckerlin sieht nicht ein, warum für diese Initiative ein strengerer Massstab angewendet werden soll. Rückwirkung: Die Initianten berufen sich nicht explizit auf einen Stadtratsentscheid. Der Text wurde so formuliert, dass die zeitliche Achse stimmt. Zu einem bestimmten Zeitpunkt hat der Stadtrat einen Entscheid gefällt, ob er ihn umsetzt oder nicht ist dem Stadtrat überlassen. Zu einem anderen Zeitpunkt würde eventuell das Volk einen anderen Entscheid fällen. Das wäre aber nicht rückwirkend, sondern gilt zu dem Zeitpunkt, an dem die Volksabstimmung stattfindet. Eine lineare Änderung von Entscheiden ist in einer Demokratie immer möglich, man kann immer auf einen früheren Entscheid zurück-

kommen. Theoretisch könnte der Stadtrat den Holidi abräumen, das „Zahnbürsteli“ aufstellen und in zwei Jahren wieder etwas anderes aufstellen. Von daher hat die Initiative nicht mit einer Rückwirkung zu tun.

Offensichtlich wird eine überwältigende Mehrheit im Rat dem Antrag des Stadtrates folgen. Das hat vielleicht auch damit zu tun, dass die Initianten in der Kommission nicht angehört wurden. Das nehmen die Initianten zur Kenntnis und sperren sich nicht gegen die politischen Realitäten. M. Wäckerlin bittet die Ratsmitglieder, das kantonale Gesetz zu prüfen. Eigentlich muss Winterthur das kantonale Gesetz umsetzen, das heisst wenn eine Initiative ganz ungültig ist, soll sich auch ungültig erklärt werden, wenn aber nur ein Teil der Initiative ungültig ist, soll nur der Teil ungültig erklärt werden, der nicht umsetzbar ist. Wenn sich die Ratsmitglieder nicht für die Gültigkeit der Initiative entscheiden können, sollten sie dem Antrag von D. Berger zu folgen. Das Initiativkomitee hat letzte Woche diesen Antrag diskutiert. Man ist zur Auffassung gelangt, dass das die bessere Lösung ist als eine Ungültigkeitserklärung. Ein Teil des Anliegens, dass nämlich der Holidi ersetzt oder restauriert werden soll, wird damit zwar nicht erreicht, aber das Volk könnte in Zukunft Einfluss nehmen. Dabei wird nicht gefordert, dass das Volk über alles abstimmen soll. Man müsste aber ein Instrument schaffen, das die Möglichkeit bietet, wenn ein Kunstwerk oder eine Gestaltung von grossem öffentlichem Interesse ist, etwas zu unternehmen. Wenn der Holidi an einen anderen Platz verschoben wird und später wieder von diesem Platz weggeräumt werden soll, kann man erneut über die Bücher gehen. Deshalb bittet M. Wäckerlin die Ratsmitglieder, die Initiative zu unterstützen oder wenigsten für eine Teilgültigkeit zu stimmen.

K. Brand (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion dankt dem Stadtrat für den Bericht zur kommunalen Volksinitiative „Rettet den Holidi“ und unterstützt den Hauptantrag, also die Ungültigkeitserklärung der Initiative in allen Punkten. Bekanntlich scheiden sich bei der Kunst die Geister. Das darf jedoch in Bezug auf den Rechtsstaat nicht der Fall sein. Die Initiative verletzt den Verfassungsgrundsatz der Einheit der Materie und verstösst gegen übergeordnetes Recht, sowie gegen das Urheberrecht. Das sind wichtige Gründe, um die Initiative als ungültig zu erklären. Eine Teilgültigkeit der Initiative, die nur den Erlass einer Rechtsverordnung umfasst, lehnt die CVP/EDU-Fraktion ab. Sie unterstützt die heutige Regelung. Die Kompetenz für Kunst im öffentlichen Raum soll beim Staat liegen. Die städtische Kunstkommission steht ihm dabei zur Seite. Wie eingangs erwähnt, scheiden sich bei der Kunst die Geister. So käme mit einem Einbezug der Bevölkerung kein besserer Entscheid als durch den Stadtrat beziehungsweise durch die Kunstkommission zustande oder es würden nur aktuelle Kunstströmungen berücksichtigt. Hätte man Mitte 80er Jahre die Winterthurer Bevölkerung um ihre Meinung zum Holidi gefragt, hätte er nie seinen Platz am Graben gefunden.

Y. Gruber (EVP/BDP): Immer wenn eine Initiative verspricht, dass die Initianten dafür sorgen wollen, dass der arme bevormundete Bürger mitbestimmen darf, in diesem Fall soll dem herrschsüchtigen Stadtrat auf die Finger geklopft werden, finden sich genügend Passanten, die froh sind, ihrem Frust loszuwerden. Es ist bekannt, dass der Nudist Holidi nie am Graben hätte liegen dürfen, wenn die Bevölkerung dazu das OK hätte geben müssen. Der Holidi ist somit ein exzellentes Beispiel für zwei Tatsachen: Der Stadtrat beglückt Winterthur manchmal mit Kunst, die vielleicht anfänglich umstritten ist, sich aber über die Jahre plötzlich zu einem Stadtmaskottchen entwickeln kann. Der Holidi dient weiter als Paradebeispiel dafür, dass sich ein Holzkopf bestens eignet, um den kreativen Schreibfluss der Medien anzukurbeln. Jede Initiative hat einen Inhalt. Hier ist es der Holidi und sein Tod. Aber das ist nicht alles. Es braucht auch die rechtlich korrekte Form. Man kann nicht einfach seine Sonderwünsche auf einen Zettel schreiben und mit der nötigen Anzahl Unterschriften als Volksinitiative einreichen. Scheinbar geht das doch. Aber es gibt Gesetze und Bestimmungen, die nicht einfach zurechtgebogen werden können, wie das jetzt gemacht werden soll. Die Ecopop-Initiative erlaubt nicht, dass das weiter angewendet wird – wenn man einen Vergleich ziehen will. Im vorliegenden Fall ist der Inhalt nicht rechtskonform. Das Recht soll nicht je nach Geschäft gedehnt oder geschmälert werden. Trotz Verständnis für die Initianten und Unterzeichner bleibt nichts anderes übrig, als die gesamte Initiative für ungültig zu erklären.

M. Zehnder (GLP/PP): M. Wäckerlin hat alles gesagt. Die Fraktion steht hinter seinen Forderungen. Wenn eine Initiative mit über 1'000 Unterschriften zustande gekommen ist, muss man wohlwollend prüfen, wie das Anliegen vor das Volk gebracht werden kann. Wenn möglich so, wie die Initiative geschrieben wurde. Falls das nicht möglich ist und stadtratsnahe Juristen herausgefunden haben, dass das nicht geht, soll wenigstens die Teilgültigkeit bejaht werden, was leider heisst, dass ein Teil ungültig ist. Das ist nicht gut, wenn über 1'000 Unterschriften zustande gekommen sind. Die GLP/PP-Fraktion unterstützt die Initiative und auch die Teilgültigkeit, weil das wahrscheinlich die einzige Chance ist. Die Fraktion hätte den ersten Teil der Initiative ebenfalls unterstützt. Es ist nicht sicher, dass dieser Teil ungültig und juristisch unmöglich ist. Wenn man einen weiteren Juristen fragt, erhält man eine weitere Meinung und wenn noch mehr Juristen gefragt werden, erhält man noch mehr Meinungen. Letztendlich gäbe es noch mehr Holidis. Der erste Teil der Initiative hat aber keine Chance eine Mehrheit im Rat zu finden. Deshalb unterstützt die GLP/PP-Fraktion den Antrag der Grünen/AL-Fraktion. Initiativen sollten von der Stadt mehr als nur wohlwollend geprüft werden und wenn möglich vor das Volk gebracht werden.

Ch. Magnusson (FDP) dankt Y. Gruber für ihre Formulierung – ein Holzkopf eigne sich am besten, um den kreativen Schreibfluss der Journalisten anzukurbeln. Diese Aussage grenzt an Kunst im öffentlichen Raum. Im Grundsatz bringt die FDP dieser Initiative sehr viel Sympathie entgegen. Der Holidi ist eine Persönlichkeit, die polarisiert und die mobilisiert. Etwas, das nicht jede Partei kann. Der Holidi hat in seiner Daseinsperiode offensichtlich vom Feindbild zum Freund wechseln können. Auch das ist beeindruckend. Allerdings geht es heute nicht um das Inhaltliche. Darüber kann man später diskutieren. Jetzt wird über eine rein formale juristische Angelegenheit abgestimmt – über Gültigkeit oder Ungültigkeit einer Initiative. Ob der Gemeinderat die Forderungen der Initiative gut findet oder nicht, darüber kann diskutiert werden, nachdem beschlossen wurde, ob sie gültig ist. Deshalb will Ch. Magnusson inhaltlich keine Stellung beziehen. In der Kommission gehörte er zu den kritischen Betrachtern der stadträtlichen Antwort. Die FDP hat versucht die Haltung des Stadtrates zu hinterfragen. Allerdings waren die Ausführungen des Stadtpräsidenten überzeugend, nicht zuletzt deshalb, weil er selber Jurist ist. Letztendlich wurde ein gutes Anliegen durch ungeschicktes Vorgehen und auch zu späte Reaktion schlichtweg vermasselt. Die Initianten haben bei der juristischen Vorabklärung erfahren, dass am Entscheid, den Holidi zu ersetzen, nichts mehr geändert werden kann, weil dieser bereits gefällt wurde und zwar aufgrund der Rechtsordnung. Damit besteht nur noch die Möglichkeit, die Rechtsordnung zu ändern, damit in Zukunft entsprechende Entscheide möglich sind. Man kann aber nicht eine neue Rechtsordnung fordern, die bereits vor 2 Jahren Gültigkeit hatte. Hier wurden in etwas reisserischer Manier Unterschriften gesammelt und das Volk mit Versprechungen zu einer Unterschrift verführt, die nicht gehalten werden können. Das war bekannt und es grenzt für Ch. Magnusson an Zwängerei, die im politischen Prozess sehr schlecht ankommt. Trotzdem haben die Vertreter der FDP versucht, in der Kommissionberatung die starke Meinungsäusserung des Volkes ernst zu nehmen. Sie haben sich dafür eingesetzt, dass der Volkswille respektiert und ein Gegenvorschlag ausgearbeitet werden kann. Allenfalls kann auch versucht werden eine Teilgültigkeit zu bejahen. Allerdings ist die Idee eines Gegenvorschlags in der Kommission sang- und klanglos untergegangen und nicht einmal richtig diskutiert worden. Deshalb kann sich die FDP weder für den ersten noch für den zweiten Teil zu einer Gültigerklärung durchringen, weil die Argumente des Stadtrates zu gut und auch korrekt sind. Ausserdem ist es naheliegend, dass die FDP aufgrund ihres Parteiprogramms nicht unbedingt für eine zusätzliche neue Rechtsverordnung einsteht. Das liegt auf der Hand. Stattdessen will Ch. Magnusson auch gegenüber dem Piraten bestätigen, dass die FDP auf der Seite der Unterstützer steht, wenn es darum geht, die Frage zu klären, wie der Stadtrat in Zukunft mit dem Urheberrecht von Kunstwerken im öffentlichen Raum umgehen soll. Für Ch. Magnusson als privater Kunstankäufer ist das durchaus ein Thema, mit dem man sich befassen muss. Man muss sich Gedanken machen, was die Stadt mit dem Kunstwerk alles kauft und inwiefern der Künstler noch Einfluss haben soll auf sein Kunstwerk, wenn es die Stadt gekauft hat. Dieser Teil hinterlässt einen faden Nachgeschmack. Insofern ist die FDP der Mei-

nung, dass beide Teile der Initiative als ungültig erklärt werden müssen und unterstützt den Antrag des Stadtrates.

U. Meier (SP): Die SP-Fraktion wird den Antrag des Stadtrates unterstützen und sich für die Ungültigerklärung der Initiative aussprechen. Die Argumente des Stadtrates sind überzeugend. Auch die SP hat Verständnis und Sympathie für diese Initiative. Rechtlich gesehen handelt es sich um einen klaren Fall. Die Einheit der Materie ist nicht gegeben ist. Das ist offensichtlich. Dass übergeordnetes Recht und ein bereits durchgeführter Wettbewerb im Nachhinein nicht umstossen werden können, ist im Sinne der Rechtssicherheit wichtig. Die Teilgültigkeit des zweiten Teils kann die SP nicht bejahen, weil die Unterschriften für den ersten Teil der Initiative geleistet wurden und den meisten Unterzeichnenden nicht bewusst war, dass sie auch für eine neue Rechtsverordnung unterschreiben. Eine Änderung muss auf einem anderen Weg erreicht werden. Deshalb sind die sachlichen Argumente eindeutig. Man kann aber nicht ganz ausser Acht lassen, dass es sich um eine emotional stark aufgeladene Geschichte handelt. Viele Leute, die hinter dieser Initiative stehen, wohnen in der Nähe des Grabens oder ihre Kinder spielen auf dem Holidi. Es ist nachvollziehbar, dass eine Verbindung besteht zu diesem Holzmann. Man sieht das auch an der Formulierung von M. Wäckerlin, der erklärt hat, der Stadtrat wolle den Holidi einfach nicht erhalten. Der Stadtrat hat sich aber viele Gedanken gemacht und lehnt die Initiative nicht einfach ab. Andererseits wäre der Holidi nie aufgestellt worden, wenn man Unterschriften zur Verhinderung dieses Kunstwerks gesammelt hätte. Es ist deshalb auch in Sinne der Kunst, wenn man offen ist für Neues. Zudem ist es schön, dass der Holidi zum Abschied Winterthur eine Lehre über die Vergänglichkeit mitgeben kann.

G. Gisler (SVP): Die SVP steht für die Volksrechte ein und dafür, dass die entsprechenden Abstimmungen durchgeführt werden. Die Initianten sollen ernst genommen werden. In diesem speziellen Fall verhält es sich aber anders. Rechtliche Gründe sprechen klar gegen eine Gültigkeit der vorliegenden Initiative. Die Gründe wurden vom Stadtrat ausführlich dargelegt. Auch U. Meier hat die Argumente zusammengefasst. Man kann nicht über zwei verschiedene Themen in ein und derselben Abstimmungsvorlage abstimmen. Deshalb ist die Einheit der Materie nicht gegeben. Es handelt sich zudem um einen legal getroffenen Entscheid des Stadtrates, der in seiner Kompetenz liegt. Alles ist ordnungsgemäss abgelaufen. Faktisch handelt es sich um eine Rückwirkung, auch wenn das nicht explizit im Initiativtext erwähnt wird. Das widerspricht dem übergeordneten Recht. Das Urheberrecht besagt, dass der Künstler das Recht über sein Werk behält. Der Macher des Holidi hat ausdrücklich erklärt, dass er weder einer Restaurierung noch einer Kopie zustimmt. Leider kann die SVP-Fraktion die Junge SVP, die sich für den Erhalt des Holidi eingesetzt hat, in diesem Fall nicht unterstützen. Zum Vorwurf, die Initianten seien nicht in die Kommission eingeladen worden, kann G. Gisler folgendes ausführen: Die Kommission hat ausschliesslich über den Initiativtext befunden. Es besteht keine Vorschrift, die besagt, dass die Initianten eingeladen werden müssen. Das ist im kantonalen Recht festgehalten. G. Gisler versteht, dass Teile der Bevölkerung am Holidi hängen. Es handelt sich um eine emotionale Sache. Man muss sich aber die Frage stellen, worum es eigentlich geht. Der Holidi ist ein Werk aus Holz, das seit bald 30 Jahren, nämlich seit 1986, im Oberen Graben platziert ist. In der Vergangenheit wurde er mehrmals repariert. Es ist eine Tatsache, dass Holz nicht ewig hält und irgendwann die Lebensdauer eines Werks aus Holz abgelaufen ist. Deshalb hat der Stadtrat entschieden, den Holidi durch ein neues Werk zu ersetzen. Entsprechend wurde ein Wettbewerb lanciert. Auch der Teilgültigkeit wird die SVP nicht zustimmen. Für eine neue Rechtsverordnung ist auch das Stimmvolk zuständig. Zudem wäre sie erst in Zukunft gültig. Der bereits entschiedene Fall Holidi kann damit nicht neu aufgerollt werden. In diesem Fall fordern die Initianten eine neue Rechtsverordnung als Mittel zur Umsetzung der Initiative, das heisst zum Erhalt des Holidi. Die Initianten sind damit nicht explizit für eine neue Rechtsverordnung. Die Unterschriften wurden ausdrücklich für den Erhalt des Holidi gesammelt und nicht für eine neue Rechtsverordnung. Es steht M. Wäckerlin zudem offen eine Motion einzureichen und eine neue Rechtsverordnung zu fordern. Es ist in der Verantwortung des Gemeinderates, dass eine offensichtlich aussichtslose Initiative nicht unnötigerweise vor das Volk gebracht wird.

Deshalb wird sich die SVP-Fraktion dem Antrag des Stadtrates anschliessen und die Volksinitiative für ungültig erklären.

M. Wäckerlin (GLP/PP) dankt Ch. Baumann, dass er einen Gegenvorschlag unterstützt hätte. Wenn es einen Gegenvorschlag gäbe, der dem Stadtrat keinen Grund geben würde, diesen für ungültig zu erklären, hätte die GLP/PP-Fraktion diesen sicher gefunden. Die Fraktion hat sich sehr lange mit der Formulierung der Initiative beschäftigt und intensiv nach Möglichkeiten gesucht, zudem war sie der Meinung, dass die Initiative so eingereicht werden kann. Im Prinzip ist das Initiativkomitee zu spät gekommen. Der Ersatz des Holidi war bereits geplant. Offensichtlich wurde dieser Plan aber erst sehr spät wahrgenommen. Die GLP/PP-Fraktion hat es versucht und gehofft, dass dieser Lösungsweg möglich ist. Offensichtlich findet die Initiative keine Unterstützung. M. Wäckerlin freut sich, dass die Probleme mit dem Urheberrecht erkannt wurden. Es wäre zu begrüssen, wenn eine Lösung gefunden und eine Standardklausel in die Verträge aufgenommen werden könnte, die der Stadt zumindest die Renovation und allenfalls die Entfernung der Kunstwerke erlauben würde. Besonders schwierig ist das, wenn es sich um Gebäude handelt. Die Stadt sollte sich absichern, dass sie Gebäude umbauen kann, ohne dass der Architekt eingreifen kann. M. Wäckerlin bittet den Stadtrat, das Gespräch mit den Initianten zu suchen, damit eine gute Lösung für den Holidi gefunden werden kann – einen Platz der es erlaubt, dass die Kinder weiterhin auf dem Holzmann spielen können. Es ist zwar nicht obligatorisch, dass die Initianten in die Kommission eingeladen werden, aber es wurde jeweils so gehandhabt. Gerade wenn eine Initiative für ungültig erklärt werden soll, was ein massiver Eingriff in die Rechte der Bürger ist, wäre es angemessen, die Initianten anzuhören. Heute Abend wurde erneut das Urheberrecht als Ablehnungsgrund genannt, obwohl das Humbug ist, weil das in der Initiative berücksichtigt wird. Rechtsverordnung: M. Wäckerlin dankt für den Hinweis auf die Motion. Das wäre sicher interessant und es ist zu hoffen, dass die SVP eine entsprechende Motion unterstützen wird. Das könnte in Zukunft sicher in Erwägung gezogen werden.

M. Zeugin (GLP/PP): Es wurde gesagt, dass heute Abend nicht über den Holidi diskutiert werden kann, weil dieser Entscheid bereits gefällt ist. Vor einigen Jahren wurde eine Initiative ergriffen, auf einen Entscheid hin, den der Bundesrat, der Nationalrat und der Ständerat bereits gefällt haben. Der Bundesrat war gemeinsam mit dem National- und Ständerat der Überzeugung, dass diese Initiative gültig ist und dass rückwirkend in einen Bereich eingegriffen werden kann. Die drei Gremien hätte rechtliche Argumente vorbringen können, warum diese Initiative nicht gültig ist. In der Gemeindeordnung gibt es keine materiellen Hinweise, über irgendwelche Geschäfte, mit Ausnahme des Steuerfusses und des Budgets, die nicht initiativfähig sind. Diese rechtlichen Grundlagen gelten auch in Winterthur. Zudem gibt es noch einige andere Prinzipien – zum Beispiel das Prinzip der Verhältnismässigkeit, das klar besagt, dass, wenn immer möglich, das staatliche Handeln auf das notwendige Minimum beschränkt werden soll. Eigentlich wäre zu erwarten gewesen, dass der Stadtrat versucht, einen Kernbestand dieser Initiative zu retten. Diesen Willen sieht M. Zeugin nicht. Auch das Verhältnismässigkeitsprinzip ist ein staatliches Grundprinzip – das heisst von Anfang an die Ungültigkeit zu beantragen, ist ein massiver Eingriff in die Grundrechte. Das Prinzip des rechtlichen Gehörs ist ein weiterer Grundsatz. Es ist Usanz, dass die Initianten angehört werden. Bei anderen Initiativen werden ganze Delegationen eingeladen. Es wäre richtig gewesen, mindestens eine Person einzuladen. Es geht darum, dass die Initianten gleich behandelt werden. Das ist ein Grundprinzip. Einige andere rechtliche Grundsätze sind in diesem Fall ebenfalls sehr wichtig. So eindeutig und klar ist diese Sache nicht.

Stadtpräsident M. Künzle dankt für die Diskussion über die emotionalste Nebensächlichkeits, die momentan in Winterthur im Gespräch ist. Der Stadtpräsident weist die Wortwahl des Piraten zurück, dass der Stadtrat Unsinn geschrieben habe und Humbug. Stadtpräsident M. Künzle bittet M. Wäckerlin sich anständiger auszudrücken. Der Stadtrat hat sich seinen Antrag sehr wohl überlegt und handelt nicht aus einer grundsätzlichen Ablehnung heraus. Die Initiative verstösst gegen drei rechtliche Grundsätze. Das hat der Jurist, der die Initianten empfangen hat, bereits damals angekündigt. Er hat erklärt, dass es schwierig sei, diese Initi-

ative zu lancieren, weil der Prozess bereits weit fortgeschritten war. Zudem wurden die Kompetenzen ordnungsgemäss eingehalten. Der Stadtrat hat öffentlich gemacht, dass eine Jury zusammengesetzt wird, um über die Zukunft des Holidi zu befinden. Damals hat es keine Reaktionen gegeben. Als das Ergebnis bekannt war und der Stadtrat entschieden hat, haben die Initianten Unterschriften gesammelt. Diese Geschichte muss als Lehre dienen. Man müsste viel früher in den Prozess eingreifen. Wenn eine kompetente Stelle einen Entscheid gefällt hat, nützt auch das Verhältnismässigkeitsprinzip nichts mehr. Es wäre reine Freiwilligkeit, wenn der Stadtrat dem Volk das Geschäft vorlegen würde. Der Stadtrat hat die rechtlichen Grundsätze benannt. Wenn er die Vorlage trotzdem dem Volk vorlegen würde, müsste berücksichtigt werden, dass nicht nur die Demokratie eine Rolle spielt, sondern auch der Rechtsstaat. Wenn der Stadt beginnt etwas willkürlich dem Volk vorzulegen, dann gehört er zu den Piraten. Man sollte aber Recht und Ordnung hochhalten.

Das zweite Thema betrifft die Rechtsverordnung. Es wäre falsch, wenn man das Volk über solche Kunstwerke entscheiden lassen würde. Der Holidi wurde damals nicht als Kunstwerk in den Graben gelegt worden – er war ein Werbemittel. Er wäre nicht dorthin gelegt worden, wenn es eine Volksabstimmung gegeben hätte. Auch das ist bekannt. Die Resonanz gegen den Holidi war damals sehr gross. Stadtpräsident M. Künzle würde es nicht gut finden, wenn das Volk über solche Kunstwerke befinden könnte. Kunst im öffentlichen Raum darf nicht dem Mainstream entsprechen. Sie soll zum Denken anregen und sie soll auch provozieren dürfen. Die Kunst soll zudem Ideen abbilden und einen Denkprozess aufzeigen, sie darf auch schräg sein und natürlich darf sie auch schön sein. Man muss aber aufpassen – der Kunst im öffentlichen Raum und den Künstlern würde man etwas wegnehmen, wenn ausschliesslich das Volk entscheiden könnte. Es gäbe dann nur noch einen Einheitsbrei, weil die Künstler, wenn sie etwas platzieren wollen, sich ständig überlegen würden, wie das beim Volk ankommt. Die Diskussion über eine neue Rechtsverordnung kann durchaus geführt werden. Der Stadtpräsident würde aber einen anderen Weg vorschlagen. Er wäre auch materiell sehr zurückhaltend. Der Stadtrat hat erklärt, was er mit dem Holidi vorhat, wenn es heute Abend zu einer Ungültigerklärung kommen sollte. Ein Platz wäre vorhanden. Der Stadtrat wird aber weitere Gespräche nicht verweigern. Stadtpräsident M. Künzle kann durchaus erneut Kontakt aufnehmen, wenn es darum geht, wohin der Holidi kommen soll. Er kann aber nicht auf dem Neumarkt aufgestellt werden, sondern müsste an einen Ort, an dem die Kinder nicht mehr so oft auf dem Holidi klettern, weil die Verletzungsgefahr von Jahr zu Jahr zunimmt. Es handelt sich um ein emotionales Thema. Stadtrat M. Künzle versteht die Leuten, die eine enge Bindung zu diesem Werk aufgebaut haben, gerade auch weil es genutzt werden konnte. Er setzt grosser Hoffnungen in das Nachfolgewerk und wünscht sich, dass dieses genauso angenommen wird.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze stellt den Teilungültigkeitsantrag der Grüne/AL-Fraktion dem stadträtlichen Antrag auf Ungültigerklärung gegenüber.

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrates zu.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Stellt fest, dass 52 Ratsmitglieder anwesend sind. Weil bei dieser Initiative zwei Drittel der Anwesenden für eine Ungültigkeit stimmen müssen, lässt die Ratspräsidentin über die Ungültigerklärung abstimmen und die Stimmen auszählen.

Der Rat stimmt mit 40 Stimmen der Ungültigerklärung und damit dem Antrag des Stadtrates zu. Die Volksinitiative ist damit als ungültig erklärt und wird als erledigt abgeschrieben.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2014-089: Begründung der Motion betr. einheitliche Zuständigkeit bei Einbürgerungen

D. Berger (Grüne/AL): Die Motion liegt allen vor und die Begründung ist darin festgehalten. Die Argumente, die für eine Übertragung der Kompetenzen sprechen, sind klar aufgeführt. Zusammengefasst geht es darum, dass das Verfahren für eine Einbürgerung vereinfacht werden soll. Der Persönlichkeitsschutz der Antragstellerinnen und Antragsteller muss gewährleistet sein. Zudem muss die Behandlung einheitlich sein. Dadurch wird Willkür vermieden. Für eine Einbürgerung sind gewisse Anforderungen zu erfüllen – nicht mehr und nicht weniger. Die Motion schreibt nicht vor, welche Anforderungen das sein sollen, sondern wer darüber entscheiden soll. Diese Kompetenz soll verschoben werden. Es macht keinen Sinn mehr, weiterhin eine Einbürgerungsbehörde zu bemühen sowie als Entscheidungsgremium den Gemeinderat einzubeziehen. Das führt nur zu Willkür. Es kommt jeweils darauf an, mit wem das Gespräch geführt wird und welche Ansichten diese Person vertritt. Das entspricht eher einer Stammesgesellschaft als einem Rechtsstaat. D. Berger bittet die Ratsmitglieder, der Überweisung der Motion zuzustimmen. Die genannten Punkte können dadurch verbessert werden. Der Gemeinderat verliert zwar ein parlamentarisches Instrument, aber es ist ein umstrittenes Instrument. Winterthur gewinnt dafür mehr Gerechtigkeit.

K. Cometta (GLP/PP): Heute Abend sind die Einbürgerungen glimpflich über die Bühne gegangen. Das ist erfreulich. Aber alles in allem sind die Einbürgerungen in letzter Zeit nicht gut gelaufen. Der Gemeinderat entscheidet über die Gesuche, ohne dass er die entsprechenden Entscheidungsgrundlagen hat. Diese liegen ausschliesslich der Bürgerrechtskommission vor. Früher ist der Gemeinderat blind den Empfehlungen der Kommission gefolgt. Man kann sich fragen, ob das Sinn macht. In letzter Zeit wurden die Entscheide der Bürgerrechtskommission im Gemeinderat immer mehr in Frage gestellt. Im Ratssaal wurde öffentlich über persönliche Angelegenheiten der Gesuchsteller diskutiert, damit ist ein Punkt erreicht, an dem eine Änderung dringend notwendig ist. Es kann nicht sein, dass Winterthur im Rahmen der Einbürgerungen Persönlichkeitsrechte verletzt. Es ist auch unbefriedigend, wenn ein Antrag auf Saalräumung gestellt wird. Die Grünliberalen wehren sich dagegen, dass Einbürgerungsgesuche zur politischen Profilierung von links und rechts missbraucht werden. Das ist unwürdig. Das Problem kann aber gelöst werden. Der Verwaltung werden die Unterlagen vorgelegt und der Stadtrat stellt den Erstantrag. Es geht um eine geteilte Verantwortung. Man könnte auch Fragen zu Doppelspurigkeit und Ineffizienz stellen. Einbürgerungen lösen Emotionen aus. Das hat sich immer wieder gezeigt. Trotzdem könnte man festlegen, dass das Einbürgerungsorgan nach klaren Regeln entscheiden muss, sowohl dem Bund, wie auch dem Kanton und den Gemeinden liegen klare Kriterien vor. Welches Organ auch entscheidet, es handelt sich um eine Verwaltungsfunktion und nicht primär um einen politischen Akt. Der Entscheid des Gremiums muss den Anforderungen an eine verwaltungsrechtliche Verfügung genügen, muss begründet sein und das rechtliche Gehör muss garantiert sein. Entsprechend haben die meisten grösseren Gemeinden im Kanton Zürich die Kompetenz einzubürgern an die Exekutive übertragen. Die GLP/PP-Fraktion verlangt vom Stadtrat, dass er dem Gemeinderat einen Vorschlag unterbreitet für ein sinnvolles und zeitgemässes Einbürgerungsverfahren. K. Cometta hofft, dass dem Gemeinderat unwürdige Einbürgerungsszenen in Zukunft erspart bleiben.

R. Keller (SP): Einbürgerungen sind in erster Linie ein Verwaltungsakt und nicht ein politischer Akt. Das hat das Bundesgericht klar entschieden. Wer auch immer über Einbürgerungen entscheidet, entscheidet über ein verwaltungsrechtliches Verfahren. Das bedeutet, dass die Einheitlichkeit gewährleistet und der Entscheid sachlich begründet sein muss. Die Leute müssen rekurrieren können gegen einen Verwaltungsentscheid. So wie das im Moment in Winterthur gehandhabt wird, ist das nicht der Fall. Man weiss nicht ganz genau über was im Gemeinderat entschieden wird. Auch in der Bürgerrechtskommission gibt es keine einheitli-

chen Standards für die Beurteilung. Einerseits können Einbürgerungswillige zum Beispiel alle Märkte in Winterthur aufzählen, aber sie wissen nicht wie die Hauptstadt heisst, oder sie können die Grundrechte aufzählen und haben wenig Ortskenntnisse. Es ist nicht genau bekannt, was, wie gewichtet wird und was, welchen Wert hat. Eine sachliche Begründung oder die Einheitlichkeit des Verfahrens sind nicht gegeben. Mit der Auslagerung der Sprachprüfung wurde ein Teil der Aufgaben der Bürgerrechtskommission ausgelagert. Eigentlich wäre es logisch, zu sagen, dass auch das staatskundliche Wissen von einer externen Stelle geprüft werden soll. Damit wäre das Verfahren sachlich einheitlich und die Voraussetzungen für eine Einbürgerung wären bekannt. Die Delegation dieser Entscheidungskompetenzen an die Exekutive ist eine logische Folge der grösseren Einheitlichkeit des Verfahrens. Der Kanton Zürich gibt der Exekutive die Möglichkeit über Einbürgerungen zu entscheiden. Fünf der elf Parlamentsgemeinden im Kanton Zürich haben dieses Vorgehen eingeführt, unter anderem Uster und Zürich. Damit sind die grossen Gemeinden mit vielen Einbürgerungen auf dieses Verfahren eingestiegen, weil die fristgerechte Bearbeitung der Gesuche durch die Verwaltung eher gegeben ist. Die Ausgestaltung der Einbürgerungsentscheide als Verwaltungsakt und die Delegation an die Exekutive hat grosse rechtsstaatliche und auch einige verfahrensökonomische Vorteile. Zudem wird damit Druck aus dem Verfahren genommen und es wird versachlicht. Die Zuständigkeit des Gemeinderates bleibt bei der Ausgestaltung der Voraussetzungen erhalten. Das Parlament kann bestimmen wie lange ein Gesuchsteller/eine Gesuchstellerin in Winterthur wohnen muss und welche Bedingungen erfüllt werden müssen. Bedingungen, die nicht vom Kanton oder vom Bund geregelt sind, kann der Gemeinderat bestimmen. Die SP-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, die Motion zu überweisen.

L. Banholzer (EVP/BDP): Die EVP/BDP-Fraktion ist der Meinung, dass verschiedene Probleme in Bezug auf das Einbürgerungsprozedere bestehen, auch nachdem die Prüfung der sprachlichen Integration anderweitig stattfindet. Die Diskussionen, die bei umstrittenen Fällen immer wieder aufkommen, zeigen, dass die Entscheide der Bürgerrechtskommission nicht objektiv sind, sondern geprägt durch individuelle Ansichten oder politische Färbungen. Somit unterliegen diese Entscheide einer gewissen Willkür und sind nicht immer nachvollziehbar. Das heisst, dass nicht alle Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller gleich behandelt werden. Andererseits wird häufig der Persönlichkeitsschutz arg strapaziert, wenn umstrittene Gesuche im Gemeinderat begründet werden müssen – wie das auch in der Motionsbegründung dargelegt wird. Zudem sind die Verfahren langwierig und eher teuer, weil zwei Behörden involviert sind. Auch die EVP/BDP-Fraktion kann sich vorstellen, die Prüfung der Integration in den Bereichen politisches Grundwissen, Ortskenntnissen etc. extern machen zu lassen, wie das verschiedene Gemeinden im Kanton Zürich bereits praktizieren. Damit wäre die Erteilung des Bürgerrechts der Stadt Winterthur durch den Stadtrat nur noch die logische Folge. Die EVP/BDP-Fraktion begrüsst die Übertragung der Kompetenz an den Stadtrat und unterstützt die Überweisung der Motion.

Th. Leemann (FDP) ist nicht gleicher Ansicht wie die Vorredner – aus folgenden Gründen: Der erste Absatz des Motionstextes ist soweit in Ordnung. Ab dem zweiten Absatz gibt es aber mehrere Probleme. 1. Der Umweg über die Kommission zum Gemeinderat soll aufwändig und kompliziert sein. Das sieht Th. Leemann nicht so. Die Verwaltung würde auch ohne Bürgerrechtskommission die Dossiers auf Vollständigkeit und Gültigkeit hin überprüfen und danach weiter bearbeiten. 2. Persönlichkeitsschutz: Jede Gemeinderätin und jeder Gemeinderat ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass keine persönlichen Daten aus den Dossiers oder aus den Protokollen der Bürgerrechtskommission veröffentlicht werden. Also liegt es in der Eigenverantwortung jedes Parlamentariers, dass der Persönlichkeitsschutz der Antragsteller im Gemeinderat gewährleistet ist. 3. Einheitliche Behandlung der Einbürgerungsgesuche: Durch die Zusammensetzung der Kommission mit 2 Mitgliedern der SP, 1 Mitglied der SVP, 1 Mitglied der GLP, 1 Mitglied der Grüne/AL, 1 Mitglied der CVP/EDU und 1 Mitglied der FDP ist eine einheitliche und faire Beurteilung gesichert. 4. Wegfall des Deutschtestes: Das ist kein Problem, sondern eine Erleichterung für die Mitglieder der Kommission. Damit kann davon ausgegangen werden, dass die Antragsteller oder Antragstellerinnen Deutsch verstehen und es müssen nur noch die Staatskundefragen beantwortet werden. In der Verfassung

steht: „Die Schweiz ist eine Willensnation, gebildet von mehreren Volksgruppen, Sprachen und Religionen. Der staatliche Aufbau der Schweiz ist föderalistisch und gliedert sich in die drei politischen Ebenen, Gemeinde, Kanton und Bund.“ Genau deshalb ist die FDP der Ansicht, dass Einbürgerungen weiterhin ein politischer Akt bleiben müssen. Fazit: Die Motion macht keinen Sinn und wird von der FDP-Fraktion abgelehnt.

Z. Dähler (CVP/EDU): Für die CVP/EDU-Fraktion ist klar – Einbürgerungen sind kein Verwaltungsakt. Sie müssen zwingend von einem gewählten Gremium beurteilt werden. Es kann nicht sein, dass die vom Kanton verlangte Befragung der Gesuchsteller durch ein nicht gewähltes Team aus der Verwaltung durchgeführt wird. Dass diese Befragung durch den Stadtrat erfolgen könnte, ist aus zeitlichen Gründen nicht möglich. Wenn diese Änderung vom Volk angenommen wird, entscheidet nicht die Exekutive, sondern städtische Angestellte über die Einbürgerungen. Das ist von der Kantonsverfassung nicht vorgesehen. Zudem sind die von den Motionären erwähnten weiteren Probleme zu lösen, wenn die Einbürgerungen in der Kommission bleiben. Die Entscheidungsgrundlagen sind den Kommissionmitgliedern bekannt. Sie können die Leute befragen. Heute Abend wurden zwei Rückstellungen beantragt, die ohne Probleme begründet werden konnten. Niemand hat aufgeschrien. Man kann gegen einen Entscheid rekurrieren. Die neue Verordnung des Kantons hat dazu geführt, dass sich der Aufwand für die Bürgerrechtskommission reduziert. Zudem muss beachtet werden, dass die Änderungen, die bereits erfolgt sind, zusätzliche Hürden schaffen. Z. Dähler fragt sich, ob das im Sinne der Motionäre ist. Von den städtischen Angestellten würde er eine punktgenaue Umsetzung von Gesetz und Verordnung verlangen. Die Kommission kann in einer Mehrheitsentscheid auf persönliche Umstände reagieren. Eine Kollegin von Z. Dähler wurde grundsätzlich abgelehnt, weil ein Polizist die nicht sympathisch gefunden hat. Die Bürgerrechtskommission ist ein Team, das über einen Entscheid abstimmt, dieser ist entsprechend breit abgestützt. Nach der Einführung des Deutschtestes hat die Kommission die Möglichkeit verloren, Analphabeten, die sich gut integriert haben, einzubürgern, weil sie den Deutschtest nicht bestehen können. Wenn Z. Dähler auf das letzte halbe Jahr zurückblickt, wäre mindestens eine gut integrierte Familie aufgrund einer Bagatelle nicht eingebürgert worden. Dabei wäre diese Bagatelle heute gar nicht gültig. Deshalb ist es auch in Zukunft wichtig, dass die Einbürgerungen vom Gemeinderat gemacht werden, entsprechend unterstützt die CVP/EDU-Fraktion den Antrag der FDP und lehnt die Motion ab.

R. Comfort (GLP/PP) möchte eine Ergänzung zum Votum von K. Cometta anbringen. Die GLP/PP-Fraktion hat darüber diskutiert, ob Einbürgerungen ein Verwaltungsakt oder ein politischer Akt sind. Einbürgerungskandidaten am Schalter durchzuwinken, entspräche einem Verwaltungsakt. Das findet R. Comfort nicht ideal. Sie würde eine nicht parlamentarisch gewählte Kommission begrüßen, die Befragungen durchführt und abschliessend entscheidet. Dann ist es nicht mehr notwendig, dass 60 Gemeinderatsmitglieder die Weisungen, die doch persönliche Daten von Einbürgerungskandidaten enthalten, lesen müssen. Spiele wie Minderheitsanträge oder Saalräumungen würden nicht mehr stattfinden.

M. Trieb (SVP) schliesst sich den Voten von Th. Leemann und Z. Dähler an. Gemäss einer Studie der Universität Zürich werden im Durchschnitt 70 % mehr Einbürgerungen stattfinden, wenn das Einbürgerungsverfahren geändert wird. Damit würden sicher auch die Kosten steigen, die dann auf die Gesuchsteller abgewälzt würden. Zusätzlich ist die Einbürgerung der Abschluss der Integration und nicht der Beginn. M. Trieb ist nicht sicher, ob der Winterthurer Bürger einverstanden wäre, wenn die Einbürgerung ein Verwaltungsakt würde. Die SVP unterstützt den Ablehnungsantrag der FDP.

Stadtpräsident M. Künzle: Im Stadtrat wurde diese Diskussion ebenfalls geführt. Wenn es um die Überweisung der Motion geht, verhält sich der Stadtrat neutral. Er wäre bereit diese Motion entgegenzunehmen und gewisse Fragen zu klären. Tatsache ist, dass auf kantonaler Ebene der Trend in diese Richtung geht. Der Stadtrat klärt aktuell im Rahmen von Balance Effizienzfragen ab. Deshalb stellt sich effektiv die Frage, wie effizient es ist, wenn der Stadtrat die Gesuche prüft und danach der Grosser Gemeinderat. Stadtpräsident M. Künzle hat

sich sagen lassen, dass es offenbar noch nie vorgekommen ist, dass der Grosse Gemeinderat anders entschieden hat als vom Stadtrat beantragt, wenn es sich um Einbürgerungskriterien handelte, die bereits vom Stadtrat vorgeprüft wurden. Bei den Kriterien, die sowohl vom Stadtrat wie auch vom Gemeinderat geprüft werden, hat es nie unterschiedliche Entscheide gegeben. Diese Fragen kann man sich zumindest stellen. Der Stadtpräsident überlässt aber den Entscheid dem Gemeinderat.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze lässt über die Überweisung der Motion abstimmen.

Der Rat stimmt der Überweisung der Motion 2014/089 an den Stadtrat zu.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2014-041: Beantwortung der Interpellation betr. Zeughausareal "Quo vadis"

R. Diener (Grüne/AL) dankt im Namen der Grüne/AL-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation. Das Zeughausareal gehört zu den letzten zentral gelegenen Grundstücken, die mindestens teilweise der Stadt gehören. Die Öffentlichkeit hat ein grosses Interesse an einer breiten Nutzung, die nicht nur durch bestimmte Kreise erfolgen soll, sondern durch breite Bevölkerungskreise. Zunächst war der Stadtrat auf einem guten Weg zu diesem Ziel. Er hat beschlossen im nördlichen gemischte Zone einzurichten. Dabei sollte nicht nur das Gewerbe berücksichtigt werden, sondern auch Nutzungen für das Quartier und für künstlerische Aktivitäten. Das Projekt wurde vom Zentrum für Nachhaltigkeit getragen. Vor der Abstimmung ist es als bestes Projekt aus einem Wettbewerb hervorgegangen. Der Stadtrat hat einen breiten Mix an Nutzern vorgesehen. Die alten Zeughäuser sollten erhalten und in die Nutzung integriert werden. Zudem sollte der Bereich gegenüber dem Mattenbach geöffnet und vermehrt der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. In der Mitte und im südlichen Teil war eine Wohnnutzung vorgesehen. Das wurde als Ergänzung zur gemischten Nutzung im nördlichen Teil gesehen. In diesem Kontext sollte ein Ganzes entstehen. Das war durchaus im Sinn eines kleinen Werk 1 zu verstehen. Auch auf dem Zeughausareal gibt es eine alte Bausubstanz und Bereiche für Wohnnutzungen, für Gewerbenutzungen, für Quartiernutzungen etc. Eine erste grosse Schiefelage ist entstanden, als ein Konzept favorisiert wurde, das sich ausschliesslich auf die Kosten fokussiert hat. Die Bereiche Mitte und Süd sollten mit einer Luxusüberbauung versehen werden, damit sollte möglichst viel Geld aus dem Projekt gezogen werden. Das hat nicht zum Konzept für eine nachhaltige Nutzung der Zeughäuser Nord gepasst. Das Volk hat das gesamte Projekt an der Urne abgelehnt. Der Stadtrat und die Befürworter standen vor einem Scherbenhaufen. Statt daraus die richtigen Lehren zu ziehen, wurde die Bedeutung des Volksentscheids willkürlich verdreht. Der Stadtrat hat kurzerhand beschlossen, das ganze Areal sei nicht mehr weiter zu entwickeln, sondern für die nächste Generation auf Eis zu legen. Damit wird auch der nördliche Teil nicht gemäss Konzept weiterentwickelt. Stillstand ist angesagt – unverständlich und widersprüchlich – werden doch andere Areale, wie das Werk 1 oder Neuhegi, mit relativ hohem Druck und viel Engagement von der Stadt entwickelt für eine moderne, verträgliche Nutzung und einem hohen Anteil an gemeinnützigem Wohnungsbau. Ausgerechnet in Bezug auf das Zeughausareal soll das nicht gelten.

Antworten des Stadtrates: Widersprüchlich ist die Antwort dort, wo in der Einleitung steht, der Stadtrat sei weiterhin überzeugt von den Siegerprojekten einerseits im Teil Nord und andererseits von der Wohnüberbauung, die vom Volk abgelehnt wurde. Was die Wohnüberbauung anbelangt, scheint das eine Trotzreaktion zu sein. Das ist nicht zielführend. Was den Teil Nord anbelangt, soll es sich um ein Projekt handeln, das weiterverfolgt werden soll. R. Diener versteht nicht, wieso der Stadtrat dem Projekt keine Chancen einräumt und das Areal nicht der Nutzung zuführt, wie sie bei der Umzonung angedacht war. Es soll kein Zentrum für Nachhaltigkeit entstehen. Der Stadtrat teilt das Areal auf und versucht umzusetzen, was die Jury damals bei der Wettbewerbsbewertung als nicht zielführend angesehen hat. Der Stadt-

rat will die Privatschule SalZH, die jetzt Ankermieter ist, mit dem Zentrum für angewandte Nachhaltigkeit verheiraten. Er bietet beiden die Abgabe des Areals im Baurecht an, dabei weiss er genau, dass das Zentrum das Baurecht ausschlagen wird. Das Konzept für ein Zentrum für angewandte Nachhaltigkeit kann nur mit dem ganzen Areal funktionieren. Es geht längst nicht mehr darum, dass die Stadt Geld einschiessen muss. Das Zentrum hat klar gemacht, dass es in der Lage und bereit ist, ohne finanzielle Unterstützung durch die Stadt, das Projekt umzusetzen. Das Verfahren läuft auf eine andere, als die bisher geplante Nutzung hinaus. Angesichts der langen Zeit, die mit einem Baurechtsvertrag über 30 Jahre verbunden ist und angesichts der grossen Bedeutung des Areals für Winterthur, ist es sinnvoll und zweckmässig, den Entscheid nicht allein dem Stadtrat zu überlassen. Die Vorlage soll im Gemeinderat diskutiert werden können. Aus diesem Grund hat die Grüne/AL-Fraktion ein Postulat eingereicht mit der Forderung, dass die Baurechtsverträge dem Gemeinderat vorgelegt werden. Immerhin teilt der Stadtrat die Ansicht der Interpellanten, dass eine Gesamtbeurteilung des Areals zweckmässig wäre. Allerdings ist die Ablehnung eines Gestaltungsplans durch den Stadtrat nicht zu verstehen. Ein Gestaltungsplan wäre sinnvoll und angemessen und ermöglicht Festlegungen, die für eine zukunftsfähige Nutzung des Areals wichtig sind. Dass jetzt ein Stillstand verordnet und angesichts der neuen Nutzung ein ganz anderer Weg eingeschlagen werden soll, ist nicht verständlich. Der Bund hat signalisiert, dass er bereit ist, der Stadt in Bezug auf die Nutzung entgegenzukommen. Es wäre sinnvoll und zweckmässig diese Angebote zu nutzen. Die Stadt soll vorwärts gehen und eine Entwicklung prüfen. Niemand hat eine sofortige Umsetzung verlangt. Grosse Projekte benötigen eine längere Laufzeit bis sie reif sind. Nur weil einige 10'000 Franken in die Planung investiert werden müssten, kann der Stadtrat nicht einfach den Bettel hinwerfen. Fazit: Die Grüne/AL-Fraktion findet es falsch, dass jetzt mit einer geänderten Nutzung im Teil Nord auf Jahrzehnte hinaus neue Tatsachen geschaffen werden, die im Widerspruch zu einer übergeordneten Entwicklung stehen. Alle bisherigen Experten haben deutlich gemacht, dass die Nutzung, wie sie jetzt geplant ist mit einer dominierenden Privatschule, dem Gesamtkonzept widerspricht. Die Stadt hat eine grosse Verantwortung für das Areal. Eine Weiterentwicklung liegt im öffentlichen Interesse. Das darf nicht leichtfertig verspielt und aus der Hand gegeben werden. Die Grüne/AL-Fraktion bittet den Stadtrat, diese Überlegung mit zu berücksichtigen und einen politisch weisen Entschluss zu fällen.

Ch. Baumann (SP): Auch die SP ist nicht zufrieden mit dieser Antwort. Die Stadt vergibt sich eine Chance für eine Arealentwicklung und für die Belebung des Quartiers. Der Stadtrat will die Entwicklung um 20 oder 30 Jahre hinausschieben und begründet das in der Antwort zur Frage 1 mit den angespannten Finanzen. In allen Antworten läuft es immer auf dasselbe hinaus. Der Stadtrat will sowohl in Bezug auf das Areal, als auch auf die schützenswerten Zeughäuser keinen Entscheid fällen. Es ist störend, dass der Stadtrat ohne Not auf einen Gewinn an Belebung und an möglichen Steuereinnahmen auf diesem zentralen Areal verzichten will. Die finanziell angespannte Lage, die der Stadtrat immer vorschiebt, ist kein Argument. Wenn er das Areal Süd an eine Genossenschaft im Baurecht abgeben würde, hätte er weder Planungskosten noch Erststellungs- oder Betriebskosten zu tragen. Der Baurechtszins würde in die Stadtkasse fliessen. Die bürgerliche Ratsseite ist nach wie vor gegen genossenschaftliches Wohnen und behauptet, dass die Stadt die Wohnungen subventioniert und dass sich damit die Sozialhilfekosten erhöhen. Genossenschaftswohnungen sind aber selbsttragend und sie sind nicht im eigentlichen Sinne günstig. Nur weil kein Spekulationsgewinn möglich ist, sind sie günstiger als andere Wohnungen. Die Genossenschaften bauen hochwertig und ökologisch. Eine 4-Zimmer-Wohnung kostet ca. 2'000 Franken, das sind keine Wohnungen, die Sozialhilfebeziehende in Massen anziehen. Der Stadtrat müsste nicht mit finanziellen Lasten rechnen, im Gegenteil, er könnte mit Baurechtszinsen und Steuereinnahmen rechnen.

Der Stadtrat hat erklärt, dass er aufgrund der Probleme mit dem Land der armasuisse nicht planen könne. Eine Nachfrage in Bern hat folgendes ergeben: Die Antwort aus Bern ist am 25. Februar eingetroffen. Die Empfehlung der Arbeitsgruppe richtet sich an den Kanton, die Gemeinden und private Dritte. In der Antwort wird festgehalten, dass es die Aufgabe der Stadt ist, zu definieren welche Entwicklung sie für das Areal des Bundes anstrebt. Die Zu-

ständigkeit für die Planung ist bei der Stadt nicht beim Bund. Wenn die Stadt das Areal gemeinnützigem Wohnbau zuführen will, wird die armasuisse Hand bieten. In der Antwort des Bundes steht klar, dass die Stadt definieren soll, welche Entwicklung sie anstrebt. Der Bund unterstützt die Stadt auch in Bezug auf den gemeinnützigen Wohnungsbau. Aus Gesprächen weiss Ch. Baumann, dass der Dachverband Wohnbaugenossenschaften Winterthur überaus interessiert auf dem Areal die Entwicklung an die Hand zu nehmen. Es besteht auch die Möglichkeit grosse Leuchtturmprojekte umzusetzen. Eines konnte in der Stadt Winterthur bereits realisiert werden – nämlich die Giesserei in Neuhegi. Die Kalkbreite in Zürich ist ebenfalls in aller Munde. In den Bereichen Ökologie und altersdurchmischte Lebensformen könnten gute Projekte realisiert werden. Die Rahmenbedingungen sind günstig. Der Bund unterstützt Genossenschaften, die bauen wollen. Eigentlich sind die Ziele der Stadt auf dem Areal klar definiert. Es gibt ein städtebauliches Entwicklungskonzept, das bereits im Jahr 2006 festgelegt wurde. Eine Studie zum Zeughausareal wurde 2008 erstellt und 2010 wurde ein Nutzungswettbewerb durchgeführt. Die SP hofft, dass das Geld, das für diese sorgfältige Planung ausgegeben wurde, nicht für die Katze war. Es wäre unverständlich, wenn diese Chance vertan würde. Ch. Baumann hofft, dass der Stadtrat gehört hat, dass vom Gemeinderat eine Entwicklung gewünscht wird. Es ist erfreulich, dass M. Zeugin der Meinung ist, dass der Stadtrat endlich die Entwicklung der wichtigen Areale angehen soll, dabei hat er auch das Zeughausareal genannt. Ch. Baumann dankt dem Stadtrat, dass er diese Voten gehört hat und sein Entscheid erneut überdenkt.

L. Banholzer (EVP/BDP): Die EVP dankt dem Stadtrat für die Antwort auf die Interpellation und nimmt im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Die Interpellation wurde von der EVP primär miteingereicht, um eine Auslegeordnung zum Stand und zur geplanten Entwicklung zu erhalten und nicht um eine zügigere Entwicklung zu fordern. Die Ansicht des Stadtrates ist nachvollziehbar. Nach der Abstimmung vom vorletzten Jahr will er die weitere Entwicklung des Areals nicht forcieren, sondern für die Zeughäuser die bewährte Nutzung über längere Zeit beibehalten und allenfalls mit neuen Nutzern ergänzen. In den letzten Jahren hat die Stadt für viele Gebiet und Areale eine zukünftige Entwicklung initiiert. Deshalb ist es sinnvoll auch später gewisse Spielräume zu haben. Die EVP/BDP-Fraktion begrüsst es, dass der Stadtrat Verhandlungen mit armasuisse aufgenommen hat und den Kauf der Parzellen zwischen den beiden städtischen Arealen in Erwägung zieht. Für eine sinnvolle zukünftige Arealentwicklung ist es von Vorteil, wenn nur noch eine Partei involviert ist und die Stadt selber für das Gebiet zuständig ist. Alles in allem ist die EVP mit der Antwort des Stadtrates einverstanden.

F. Albanese (CVP/EDU): Die CVP/EDU-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt sie im zustimmenden Sinn zur Kenntnis. Der negative Volksentscheid zum Zeughausprojekt mit dem mehr mittlere bis günstige Wohnungen geschaffen werden sollten, ist zu respektieren. Die CVP hat die Abstimmung verloren und nimmt das Votum des Volkes sehr ernst. Die Gegnerschaft konnte reüssieren und weil diese gleichzeitig aus dem Lager der Baurechtsbeschwörer stammen, sollten sie jetzt die Antwort des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis nehmen. Sie können sich an der beabsichtigten und von ihnen so geliebten Zwischennutzung der Zeughäuser für die nächsten 20 bis 30 Jahre erfreuen. Wozu die weitere Aufregung? Die CVP/EVP-Fraktion begrüsst die besonnene und vernünftige Antwort des Stadtrates und gratuliert ihm dazu.

Z. Dähler (CVP/EDU): Zur Behauptung, dass mit diesem amputierten Projekt kein Blumentopf zu gewinnen ist, ist folgendes zu bemerken: Mit den heutigen hochentwickelten Prothesen kann man sogar eine Goldmedaille gewinnen – nicht nur Blumentöpfe. Wichtig ist, daran zu erinnern, dass auch die EDU gegen die Umzonung und den Verkauf des Zeughausareals war, wenn auch aus anderen Gründen als diejenigen, die das Referendum ergriffen haben. Der EDU war es seit jeher wichtig, dass das zentrale Stück Land für zukünftige Entwicklungen aufgespart wird. Entsprechend kann Z. Dähler voll und ganz hinter dem Vorschlag und der Stossrichtung des Stadtrates stehen. Die EDU befürwortet einen Kauf des Landes, das jetzt der armasuisse gehört. Zusammen mit dem Rest des Areals können die Grundstücke für eine Zwischennutzungen freigegeben werden. Das ist gleichwertig wie die Abgabe im

Baurecht. Für das Zeughausareal Nord kann Z. Dähler auf einen bewährten Slogan der EDU zurückgreifen. „Zukunft gestalten, Werte erhalten“. So wie sich der Nordteil entwickelt hat, sind die von der linken Ratsseite monierten Punkte bereits erfüllt. Das wertvolle Restareal soll jetzt bewahrt werden.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und kann den Schlussfolgerungen zustimmen. Ein wichtiger Punkt ist das Abstimmungsergebnis, das R. Diener doch sehr eigenwillig interpretiert hat. Es handelte sich um eine Doppelabstimmung, die zweimal ein Nein ergeben hat. Die FDP respektiert den Volkswillen, obwohl sie zu den Verlierern gehört hat. Der Verkauf der Zeughauswiese wurde abgelehnt, aber auch die Umzonung. Der Verkauf wurde mit 55,9 % abgelehnt und die Umzonung mit 53,7 %. Das Ergebnis muss so interpretiert werden, dass die Bevölkerung bezüglich des Zeughausareals eine gemächlichere Gangart gewählt hat. Das zeigt insbesondere auch das Ergebnis des Kreises Mattenbach, das interessanterweise vom Ergebnis der gesamten Stadt und der anderen Kreise abweicht. Gesamtstädtisch wurden mehr Nein zum Verkauf in die Urne gelegt und weniger Nein zur Umzonung. Das ist nachvollziehbar – man kann gegen einen Verkauf aber nicht gegen die Umzonung sein, weil man ein anderes Projekt realisieren will. Im Kreis Mattenbach, im Standortkreis, war es umgekehrt. Dort wurden mehr Nein zur Umzonung in die Urne gelegt als zum Verkauf – 61,8 % gegen die Umzonung und 58,5 % gegen den Verkauf. Auch hier ein deutliches Zeichen der Bevölkerung, dass sie keine bauliche Entwicklung in unmittelbarer Zukunft wünscht. Der grosse Wurf ist zudem auf dem Areal nicht möglich. Ein wesentlicher Teil gehört der armasuisse. Von Ch. Baumann wurde ausgeführt, was der Bundesrat meint. Aber es handelt sich um eine sehr abwartende Haltung. Die armasuisse kann mit dem jetzigen Zustand offenbar sehr gut leben. Die Zeughäuser Nord stehen unter Denkmalschutz. Auch das verhindert eine Überbauung. Das Fazit des Stadtrates ist unter den momentanen Umständen folgerichtig. Eine Zwischennutzung auf 20 bis 30 Jahre ist im besten Sinn des Wortes nachhaltig. Eine spätere Generation soll die Möglichkeit erhalten über die Weiterentwicklung dieses zentralen Areals entscheiden zu können. Momentan laufen wichtige andere Projekte im Rahmen der städtebaulichen Entwicklung in der Stadt Winterthur. Neuhegi/Grüze und das Werk 1 auf dem Sulzerareal sorgen für genügend Schub.

K. Cometta (GLP/PP): Offensichtlich hat R. Diener die Deutungshoheit über den Volkstentscheid für sich gepachtet. Die GLP/PP-Fraktion interpretiert das Nein ähnlich wie die FDP. Es ist klar, im Moment muss die Stadt auf dem Zeughausareal nicht vorwärts machen, sondern den Fuss vom Gaspedal nehmen bezüglich Wachstum. Das Areal hat eine grosse Bedeutung. Es ist eines von wenigen ungenutzten Arealen und soll für die kommende Generation 20 bis 30 Jahre bewahrt werden, damit noch Spielraum bleibt. Deshalb ist es folgerichtig, dass eine Zwischennutzung angestrebt und das Land im Baurecht abgegeben wird. Es ist auch folgerichtig, dass die Stadt trotzdem mit armasuisse Verhandlungen führt, weil es um strategisch wichtiges Land geht. Es macht künftige Arealentwicklungen einfacher, wenn nur noch mit einem Ansprechpartner verhandelt werden muss. Nichtsdestotrotz, die GLP/PP-Fraktion kann verstehen, dass Baurechtsverträge bei gewissen Leuten ein ungutes Gefühl auslösen, deshalb soll Transparenz geschaffen werden was diese Verträge anbelangt. Gleichzeitig fordert die Fraktion, dass bei dieser Zwischennutzung der Modalsplitt eingehalten wird, der bei der Umzonung ein Thema war. Es ist bekannt, dass Privatschulen relativ viel Autoverkehr produzieren. Es ist zu hoffen, dass im Baurechtsvertrag eine entsprechende Regelung enthalten ist. Es geht nicht darum, dass jetzt Baurecht für Genossenschaften beschafft wird. Winterthur ist genügend schnell gewachsen in den letzten Jahren. Der Stadtrat hat jetzt die Möglichkeit den Fuss vom Gaspedal zu nehmen und die künftige Generation entscheiden zu lassen, was mit dem Areal geschehen soll. In diesem Sinn nimmt die GLP/PP-Fraktion die Antwort positiv zur Kenntnis.

W. Steiner (SVP): Die SVP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Antwort und ist damit einverstanden. Vieles wurde bereits gesagt. Für die SVP sind folgende Fakten wichtig: Das Volk hat über die Zeughauswiese abgestimmt. Das Projekt wurde deutlich abgelehnt. Für die Projektierung wurde viel Geld und Zeit investiert. R. Diener hat gesagt, dass es sich lediglich um

einige 10'000 Franken handelt. Er will, dass der Stadtrat weiter plant. Wenn man alle Arbeitsstunden zusammenzählen würde, kämen sehr grosse Beträge zusammen. Die SVP ist der Meinung, dass ein Marschhalt notwendig ist und nichts erzwungen werden darf. Einige Leute versuchen alles, damit das Projekt erneut behandelt wird. Es ist viel besser zu warten. In der Stadt gibt es bereits genug Projekte. Alle wissen, dass das Werk 1 umgesetzt werden soll. Es muss nicht alle heute und morgen überbaut werden, man muss noch etwas für die Zukunft offen lassen.

K. Gander (Grüne/AL): Verschiedene Spekulationen und Interpretationen zum Abstimmungsergebnis wurden vorgebracht. Da diese Abstimmung auch das Baby von K. Gander ist, will sie sich dazu äussern. Sie stand wochenlang zwei bis drei Mal pro Woche auf der Marktgasse und an anderen Orten und hat mit vielen Leuten über das Zeughausareal diskutiert. Der Abstimmungsslogan lautete: „Keine Luxuswohnungen auf dem Zeughausareal.“ Es ist klar, dass die Leute ein Nein eingelegt haben, weil sie keine Luxussiedlung wollen, aber ein Ja zu mehr bezahlbarem Wohnraum. In Winterthur gibt es zu wenig Gewerbe- und Wohnräume, die bezahlbar sind. Das erlebt K. Gander in ihrer Tätigkeit täglich. Es braucht bezahlbare Gewerbe- und Wohnräume und zwar jetzt – nicht erst in 30 Jahren, dann ist es zu spät. Für die Entwicklung eines Areals braucht es einige Jahre. Deshalb bittet K. Gander die Ratsmitglieder, mitzuhelfen, einen Stillstand zu verhindern. Die Stadt benötigt bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum.

Ch. Baumann (SP): Ein Punkt wurde von K. Gander bereits erwähnt. Viele Ratsmitglieder hatten wenig Kontakt mit dem Gegnerkomitee. Ch. Baumann war hingegen nahe dran. Das eine ist die Umzonung, über die abgestimmt wurde. Man sieht bei den Zeughäusern Nord was passiert, wenn man umzont aber die Realisierung noch aufschiebt. Man hat ein Präjudiz geschaffen und die Nutzung wird plötzlich geändert. Das lehnt die SP ab. Sie will die Umzonung und die Nutzung gleichzeitig machen. Deshalb wurde die Umzonung abgelehnt. Im Weiteren wurde der Verkauf abgelehnt. Die SP will nicht dass die Stadt Land verkauft. Die Stadt soll Land besitzen, im Baurecht abgeben und die Stadtentwicklung gestalten. Das sind zwei grosse Unterschiede. Die Gegenseite sollte deshalb mit dem Nein-Komitee in Kontakt treten, um zu hören, was die Leute abgestimmt haben.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Winterthur hat über einen Verkauf und über eine Umzonung abgestimmt, nicht über ein 20jähriges Moratorium. Ch. Griesser warnt davor mit dem Feuer zu spielen. Am nächsten Sonntag wird über das Werk 1 abgestimmt. Was passiert, wenn die Vorlage abgelehnt wird? Wird dann dort auch ein 20jähriges Moratorium verhängt? Wenn Ch. Griesser die Voten im Rat hört, müsste das für das Werk 1 ebenfalls gelten.

Stadtpräsident M. Künzle: Das Zeughausareal besteht aus drei Teilen – Stand heute: Auf dem Zeughausareal Süd sollte ein Grossteil für eine Wohnüberbauung genutzt werden. Das Volk hat den Verkauf und die Umzonung abgelehnt – dieses Ergebnis interpretiert der Stadtrat so, wie F. Helg es vorgetragen hat. Wenn es ausschliesslich um das Projekt gegangen wäre, hätte das Volk der Umzonung zustimmen können. Der Stadtrat ist der Meinung, dass beim Wohnungswachstum Gas weggenommen werden kann. Der Stadtrat will deutlich machen, dass das Werk 1 und die Planungszone Neuhegi entwickelt werden sollen. Auf diesen Arealen sollen Wohnungen gebaut werden können. Genossenschaftlicher Wohnungsbau ist auf dem Areal Werk 1 geplant. Dafür hat der Stadtrat gesorgt. Sogar Winterthurer Genossenschaften werden berücksichtigt. Auf den Arealen Werk 1 und Planungszone Neuhegi soll es vorwärts gehen. Der Stadtrat will aber nicht alles Land für den Wohnungsmarkt gleichzeitig auf den Markt bringen. Er hat entschieden, in Bezug auf das Zeughausareal das Tempo zu reduzieren, weil er das Abstimmungsergebnis dahingehend interpretiert hat. Stadtpräsident M. Künzle teilt die Meinung nicht, dass grundsätzlich zu wenig bezahlbarer Wohnraum in der Stadt vorhanden ist. Nur schon der Wohnungsbestand vom B. Stefanini, der sehr gross ist und viele bezahlbare Wohnungen enthält, zeigt, dass man nicht einfach behaupten kann, in Winterthur gäbe es zu wenig bezahlbaren Wohnraum. Die Stadt hat aber eindeutig eine Verantwortung, was den bezahlbaren Wohnraum und den gemeinnützigen Wohnraum

anbelangt. Der Stadtrat hat aber auch die Aufgabe den Bau von Wohnungen zu unterstützen, die geeignet sind, Leute mit höheren Einkommen nach Winterthur zu holen. Das hilft der Stadt die finanziellen Lasten zu tragen. Beide Aspekte müssen mit der Wohnpolitik berücksichtigt werden.

Der mittlere Teil des Zeughausareals gehört der armasuisse. Stadtpräsident M. Künzle kennt die Meinung des Bundes zu diesem Areal. Es ist richtig, dass Winterthur am Drücker ist. Der Stadtpräsident ist aber nicht ganz mit dem Bund einverstanden. Er wird in der nächsten Zeit nach Bern reisen, um bei den National- und Ständeräten des Kantons Zürich eine Botschaft zu platzieren. Der Stadtrat ist der Meinung, dass der Bund sich in Bezug auf die Ländereien der armasuisse, die er in der ganzen Schweiz besitzt, zurückziehen könnte. Es ist nicht einzusehen, warum der Bund weiterhin den Finger auf dieses Land legen, sich in die Entwicklung einmischen muss und das Land nicht einfach der Stadt verkauft. Das kann auch zu einem marktüblichen Preis sein. Aber eigentlich hat der Bund, was diese Grundstücke anbelangt, aus der Sicht des Stadtrates nichts mehr zu sagen. Deshalb wird der Stadtpräsident beim Bund platzieren, dass die Stadt weiterhin ein Interesse hat das Land der armasuisse abzukaufen. Damit würde die Stadt die volle Handlungsfreiheit über das Zeughausareal erhalten. Leider hat der Stadtrat ein Schreiben von armasuisse erhalten, mit dem bekräftigt wurde, dass das Land nicht verkauft werden soll. Im Gespräch, das Stadtpräsident als letztes geführt hat, wurden gewisse Fenster offen gelassen. Deshalb wird der Stadtrat weiter bohren. Er ist der Meinung, dass die armasuisse das Land der Stadt verkaufen und damit die volle Handlungsfreiheit den Städten und Gemeinden übergeben soll. Im Norden musste der Stadt die Situation neu beurteilen, deshalb mussten gewisse Dinge ausgeräumt werden. Die notwendigen Investitionen für das Zentrum für angewandte Nachhaltigkeit wurden zu Beginn von den Initianten auf 6,4 Millionen veranschlagt. Der Stadtrat hat das Projekt mit dem Amt für Städtebau angeschaut und hat die Investitionen auf 9,3 bis 11,9 Millionen geschätzt – je nachdem, ob ein Grundausbau oder ein Vollausbau geplant ist. Diese Investition kann die Stadt nicht tätigen. Teile des Areals sind bereits vermietet. Die Mieter sind bereit das Areal weiter zu entwickeln. Es wäre vorteilhaft, die beiden denkmalgeschützten Gebäudeteile im Baurecht abzugeben. Damit erhalten die Mieter genügend Sicherheit, um die notwendigen Investitionen selber zu tätigen. Die Privatschule ist bereit selber für die Investitionen aufzukommen. Mit den Initianten des Zentrums für angewandte Nachhaltigkeit wurden Gespräche geführt – Ch. Baumann war bei diesen Gesprächen dabei. Der Stadtrat war bereit, die Forderungen zu prüfen. Er hat aber die Antwort erhalten, dass kein Interesse vorhanden ist, weil das Angebot nicht in das ursprüngliche Konzept passt und weil das Zentrum für angewandte Nachhaltigkeit nicht mit der Privatschule zusammenarbeiten will. Damit sind tatsächlich gewisse Hürden vorhanden, die schwierig zu überwinden sind. Die Ideen des Zentrums für angewandte Nachhaltigkeit findet der Stadtrat gut. Der Entscheid hat sich nicht gegen das Zentrum gerichtet. Der Stadtrat ist aber dagegen, dass die Stadt 10 Millionen in die Hand nimmt. Wenn man das gesamte Potential der Stadt anschaut, wird klar, dass auf dem Zeughausareal nichts forciert werden muss. Der Stadtrat hat seine Vorschläge unterbreitet. Er ist bereit im Norden Baurechtsverträge abzuschliessen. Der mittlere Teil des Areals versucht der Stadtrat weiterhin der armasuisse abzukaufen. Im oberen Teil könnte studentisches Wohnen in einer ganz neuen Form realisiert werden, wie sie in Berlin und Wien für Furore sorgt. Der Stadtrat denkt an Containerlösungen auf eine sehr clevere Art und Weise. Leider hat die Stadt vom Kanton eine negative Meldung erhalten. In der öffentlichen Zone ist diese Nutzung nicht möglich, deshalb muss der Stadtrat erneut über die Bücher. Die Arbeit im Zusammenhang mit dem Zeughausareal ist noch nicht erledigt. Stadtpräsident M. Künzle dankt für die intensive Diskussion. Er hat die unterschiedlichen Vorstellungen im Rat gehört.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze: Damit ist die Interpellation 2014/041 abgeschlossen und erledigt. Der FCW hat 2 zu 1 gegen Schaffhausen gewonnen. Die Tribüne wurde damit optimal eingeweiht.

Bürgerrechtsgeschäfte

- 1. B2013/153: SAE-NGOW Siwalai, geb. 1984, thailändische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 2. B2014/083: KÖHLER Markus Matthias, geb. 1972, deutscher Staatsangehöriger**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 3. B2014/084: LUMANI geb. MAHMUDI Ilza, geb. 1981, mit Kindern Fiona, geb. 2006, und Ammra, geb. 2010, mazedonische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 4. B2014/085: MIROCI geb. LLOLLUNI Pranvera, geb. 1987, mit Kindern Laura, geb. 2005, und Lendrit, geb. 2008, kosovarische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 5. B2014/086: MODONI Giuseppe, geb. 1949, und Ehefrau MODONI geb. COLICCHIO Teresa, geb. 1955, italienische Staatsangehörige**
-

R. Keller (SP): Herr und Frau Modoni konnten in Bezug auf die Deutschkenntnisse und das Staatskundewissen nicht überzeugen. Aus diesem Grund beantragt die Bürgerrechtskommission mit 7 zu 0 Stimmen die Rückstellung um 1 Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

- 6. B2014/087: MOHAMMADI Arif, geb. 1975, afghanischer Staatsangehöriger**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

7. B2014/088: ALTER-MIETKE Claudia Ulrike, geb. 1963, mit Kind Vivienne Daphne Debora, geb. 2001, deutsche Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

8. B2014/090: BAJRAMI geb. HALITI Zulhidze, geb. 1976, und Ehemann BAJRAMI Lazam, geb. 1976, mit Kindern Bleart, geb. 2002, und Labinot, geb. 2005, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

9. B2014/091: GALLARDO ALBUJA Elias Huayra, geb. 1983, ecuadorianischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

10. B2014/092: GÜMÜS geb. TÜRKAY Gülçin, geb. 1974, und Ehemann GÜMÜS Sedat, geb. 1973, mit Kindern Nisa Zeynep, geb. 2006, und Eda Nur, geb. 2009, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

11. B2014/093: HALILI JAHJA geb. HALILI Semire, geb. 1978, und Ehemann JAHJA Besim, geb. 1975, mit Kind JAHJA Ardi, geb. 2008, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2014/094: LIU Na, geb. 1983, chinesische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2014/095: PERAKI LOHMANN geb. PERAKI Chrysoula, geb. 1968, mit Kindern LOHMANN Anna Delia, geb. 1998, und LOHMANN Joanna, geb. 2001, griechische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2014/096: POPOVA Olga, geb. 1980, russische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

15. B2014/097: PREGO CASTRO Jose Maria, geb. 1957, spanischer Staatsangehöriger, und Ehefrau SALAZAR CARPIO Herminia de los Angeles, geb. 1971, ecuadorianische Staatsangehörige, mit Kind PREGO SALAZAR Sheryl Josefina, geb. 1996, spanische Staatsangehörige

Th. Leemann (FDP): Die Bürgerrechtskommission hat Herrn Prego Castro und Frau Salazar Carpio befragt. Die Deutschkenntnisse sowie die Staatskundekenntnisse vermochten nicht zu genügen. Die Kommission stellt mit 7 zu 0 Stimmen den Antrag das Gesuch um 1 Jahr zurückzustellen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

16. B2014/098: SEATOVIC Dejan, geb. 1969, kroatischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

17. B2014/099: SHAQIRI Ismail, geb. 1986, mazedonischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

18. B2014/105: GJETA Mimoza, geb. 1972, albanische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

19. B2014/198: KREMPUS Raphael Marian Joseph, geb. 1985, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

20. B2014/209: SUNA Harun, geb. 1986, mit Kind Azad, geb. 2012, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsidentin B. Günthard Fitze wünscht allen Beteiligten weiterhin eine gute Aufnahme.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Die Präsidentin:

Der 1. Vizepräsident:

Der 2. Vizepräsident:

B. Günthard Fitze (EVP)

M. Wenger (FDP)

R. Keller (SVP)